

## Kurzfassung

### **I - Einleitung**

1. Nachhaltigkeit
2. Solidarität
3. BürgerInnenbeteiligung
4. Öffnung

### **II - Besser leben im Alltag !**

1. Perspektiven eröffnen und Menschen Gehör verschaffen
2. Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes
3. Gesundheit fördern, erhalten, wiederherstellen
4. Ein erfülltes Leben für Seniorinnen und Senioren
5. Recht auf eine angemessene Wohnung
6. Behindertenpolitik, ein transversales Thema
7. Für eine verstärkte, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

### **III - Ökologie, eine Chance für die Ökonomie !**

1. Beschäftigung: damit jeder seinen Platz in der Gesellschaft finden kann
2. Wirtschaftsförderung durch Regionalentwicklung
3. Der Tourismus als Faktor der Nachhaltigkeit

### **IV - Chancengleichheit in Unterricht und Ausbildung !**

1. Chancengleichheit beginnt in der Grundschule
2. Rahmenbedingungen
3. Leben in der Schule positiv gestalten!
4. Eine Chance für alle

### **V - Die Gesellschaft mitgestalten, die Freizeit sinnvoll nutzen !**

1. Demokratie braucht gesellschaftspolitische Bildung
2. Offenheit, Mitbestimmung und Kontinuität in der Jugendpolitik
3. Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien
4. Sport für alle, Sport für eine bessere Gesundheit
5. Sensibilisierung für den Denkmalschutz
6. Zugang zur Kultur für alle

### **VI - Die Autonomie entwickeln: demokratisch, offen, abgesichert !**

1. Durch BürgerInnenbeteiligung die Demokratie stärken
2. Finanzen: gesünder und strukturell gesichert
3. Den Platz der DG im Föderalen Belgien festigen

## 1. Kurzfassung

# ECOLO-Schwerpunkte für die Wahlen zum RDG 2004 Zukunftsfähig denken, planen und arbeiten!

Kurzfassung der ECOLO-Schwerpunkte zu den Wahlen des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das am 22. April 2004 von der Mitgliederversammlung verabschiedete vollständige Programm.

Unsere Gesellschaft wird immer komplexer, vernetztes Denken ist gefordert: um die Lösung eines Problems zu erreichen, muss man verschiedene Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen gleichzeitig entwickeln. Dies ist ein Ansatz, den seit jeher praktiziert. Die vier wichtigsten Gedanken, die für in der DG bei allen Politikfeldern mitwirken müssen sind: **Öffnung, Solidarität, Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit.** Diesen Symbolen werden Sie darum im Programmtext überall begegnen. Sie sind immer anklickbar: so können Sie mehr zu diesen Themen erfahren. Ein [zurück] -Button bringt Sie von dort wieder zu Ihrem Text. Probieren Sie mal! **1. Die Ökologie, Chance für die Ökonomie !** Ein zentraler Vorschlag von **ECOLO** in seinem Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramm ist die Erstellung eines Regionalentwicklungskonzeptes. Dies geht viel weiter als Wirtschaftsförderung: alle bedeutsamen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Faktoren müssen einbezogen werden. Für die Umsetzung macht **ECOLO** mehrere konkrete Vorschläge, u.a. die Schaffung eines Kompetenzzentrums „Erneuerbare Energien/ ressourcenschonendes Bauen“. **2. Chancengleichheit in Unterricht und Ausbildung !** Wir brauchen ein Schulsystem, dass Kinder mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund zusammen bringt und das auf Integration für Alle ausgerichtet ist. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen, die gleichen Möglichkeiten besitzen, eine schulische Laufbahn erfolgreich abzuschließen. **ECOLO** fordert daher - Die Herabsetzung des möglichen (also keine Pflicht) Eintrittsalters in den Kindergarten von 3 auf 2 ½ Jahre. - Die Herabsetzung der Klassengröße in der ersten Primarschulstufe - Gezielte Hilfestellungen für Schüler und Schülerinnen in der kritischen Phase des Übergangs von der Primar- in die Sekundarschule. **3. Die Autonomie der DG: demokratisch, offen, abgesichert** Durch BürgerInnenbeteiligung wollen wir in der DG Demokratie stärken: die aktive Einbeziehung Betroffener in Entscheidungsprozesse und die Schaffung von Vermittelnden Orten ist eines unserer wichtigen Ziele. Für **ECOLO-Ostbelgien** ist klar, dass die DG sich als gleichberechtigter und gefestigter Partner in Belgien und in der Euregio verstehen soll. Wir sind keine bedrohte Minderheit, sei es in kultureller oder finanzieller Hinsicht. Ein gegenteiliges Verhalten verewigt nur unnützlich historische Komplexe. Nichts festigt besser eine kulturelle Autonomie wie ein gesundes Selbstverständnis und die Suche der Öffnung nach außen. **ECOLO-Ostbelgien** ist von der Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden (sowohl Landes- als auch Sprachgrenzen) Ausrichtung der Gemeinschaftspolitik überzeugt. Interregionaler Austausch und Kooperation in allen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belangen muss Priorität ostbelgischer Politik sein. Bezüglich der Absicherung der finanziellen Lage der DG, muss für **ECOLO** die im vollem Umfang erst ab 2008 greifende Refinanzierung der DG, auf zwei Ebenen genutzt werden: - Der weitere Abbau der Schuld. - Der strukturelle Ausbau folgender Aktionsfelder: Bildung bzw. Unterrichtswesen, Antworten auf die demographische Entwicklung,

die Nachhaltigkeit und vorbeugende Ansätze in allen Politikbereichen der DG, die Kultur.

## I - Einleitung

Je komplexer die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen werden und je schneller die Systeme sich verändern, umso wichtiger ist es, die entsprechenden Lenkungs- und Entscheidungsprozesse an diese Situation anzupassen.

Auch politische Gestaltung steht vor großen Herausforderungen. Wo bisher klassisches eindimensionales Denken in Themen oder Fachbereichen etabliert war, ist heute mehr und mehr transversales und vernetztes Denken erforderlich. Themen wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Friedenspolitik, globale Gerechtigkeit, Familienpolitik, Jugendschutz, Gesundheitsförderung und vieles mehr können nicht wirkungsvoll bearbeitet werden, wenn sie ausschließlich innerhalb des begrenzten Rahmens einer einzelnen Politik- oder Verwaltungszuständigkeit angesiedelt sind. Wirksamer **Klimaschutz** setzt abgestimmte Maßnahmen in den Politikbereichen Umwelt, Wirtschaft, Finanzen, Unterricht, Mobilität, Raumplanung, Entwicklungszusammenarbeit und anderen voraus. **Familienpolitik** sollte das Feld der Sozialpolitik überschreiten und in Bereichen wie der Wirtschafts-, Steuer-, Schul-, Wohnungsbau- oder Tourismuspolitik durch gezielte Abstimmungen Unterstützung erfahren. **Ökonomische Entwicklung** ist mittel- und langfristig ohne Berücksichtigung von Ökologie und gerechter Ressourcenverteilung undenkbar. Hier muss der transversale Gedanke der **Nachhaltigkeit** berücksichtigt werden. **ECOLO** setzt sich ganz entschieden für vernetztes Denken ein. Die wichtigsten transversalen Themen für die DG-Politik sind: | **Nachhaltigkeit** | **Solidarität** | **BürgerInnenbeteiligung** | **Öffnung I**

- 1 Die **Nachhaltigkeit** Für **ECOLO** ist die Nachhaltigkeit mit Abstand das wichtigste aller transversalen Themen. Wir haben diesen Begriff in das Alltagsvokabular der politischen Arbeit in der DG eingeführt und in hartnäckiger Aufklärungsarbeit mit Inhalten gefüllt. Trotz Banalisierungsversuchen seitens einiger konservativer Politdinosaurier kann heute jeder politisch aktive Mensch in der DG den Begriff Nachhaltigkeit einordnen. Bei der Nachhaltigkeit geht es darum, das Wirken der Menschen auf unserem Planeten so zu gestalten, dass nicht mehr Ressourcen verbraucht werden, als die Erde hergeben bzw. regenerieren kann. Dieses Ziel zu erreichen, setzt umfassende Veränderungen unseres Verhaltens voraus, weil wir derzeit in Europa weit über unsere Verhältnisse leben und schon die Ressourcen von mindestens zwei weiteren Generationen mit verbrauchen. Von den USA ganz zu schweigen. Umfassende Veränderungen menschlichen Verhaltens sind nur denkbar, wenn die Politik es schafft, entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Selbstverständlich geht das nur über transversal abgestimmte und vernetzte Maßnahmen in allen Fachbereichen. Nachhaltige Politikgestaltung muss die Anliegen Schutz der **Ökologie**, Förderung der **Ökonomie** und **soziale** Gerechtigkeit dauerhaft in Einklang bringen. Das kann nur gelingen, wenn die Menschen durch **Partizipation**, also durch aktive Beteiligung und Mitgestaltung für diese Veränderungen gewonnen werden können. **ECOLO** hat in der vergangenen Legislatur den Aufbau einer **Agentur für Nachhaltige Entwicklung** bewirkt. Diese wichtige Einrichtung soll weiter gefestigt werden und über gezielte Maßnahmen für Nachhaltigkeit werben und sensibilisieren. Das erfolgreiche Beteiligungsmodell "**Nachhaltige Ländliche Entwicklung**" soll zum festen Bestandteil der Regionalentwicklung in der DG ausgebaut werden.

Bei Infrastrukturvorhaben soll die DG mit gutem Beispiel voran gehen und **ressourcenschonendes Bauen** zur Auflage machen. In die Kategorie „gute Beispiele“ gehört auch, dass die Regenbogen-Regierung der DG auf Initiative von **ECOLO** eine **EMAS - Zertifizierung** erreicht hat. Damit verpflichtet sich die Regierung, im Regierungsgebäude Regeln der Nachhaltigkeit anzuwenden. Ähnliche **Zertifizierungen** müssen für das Ministerium und andere Einrichtungen folgen. **ECOLO** ist der Garant dafür, dass alle politischen Entscheidungen in der DG den Prüfstand der Nachhaltigkeit durchlaufen. Das sind wir unseren Kindern und deren Kindern.... schuldig.

### **I - 2 Solidarität**

Die Chancen der Menschen auf diesem Planeten sind sehr unterschiedlich verteilt. Wer in Bangladesch zur Welt kommt, hat wesentlich schlechtere Lebensperspektiven als ein Europäer oder Amerikaner. Wer in eine durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit benachteiligte Familiensituation hineingeboren wird, hat eine vergleichsweise schlechte Ausgangsposition. Diese Chancenungleichheit gilt nicht nur auf der persönlichen Ebene, sondern auch auf der Ebene der Länder und Kontinente. Länder mit 100mal geringerem Lebensstandard können aus eigener Kraft niemals den Weg aus der Misere schaffen. Je größer das soziale Gefälle, umso größer sind auch die Konfliktpotenziale. Frieden in Freiheit ist ohne soziale Gerechtigkeit und ohne gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand nicht möglich. Auch dieser Grundsatz gilt sowohl auf der Privat-, wie auf der Weltebene. Gerechte Verteilung setzt **Solidarität als ethischmoralischen und kulturellen Wert** voraus. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass der Gedanke der Solidarität immer mehr von globalen Wirtschaftsinteressen verdrängt wird. Die Reichen nutzen ihre privilegierte Lage und werden immer reicher, die Armen haben keine Chance, ihre Situation zu verbessern und werden immer ärmer. Dieser gefährlichen Entwicklung muss ganz energisch entgegengewirkt werden. Für **ECOLO** gehört Solidarität zu den Fundamenten politischer Überzeugung. Quer durch alle Politikbereiche muss bei politischen Weichenstellungen der Grundsatz der Solidarität berücksichtigt werden.

### **I - 3 BürgerInnenbeteiligung**

Die Politikverdrossenheit der BürgerInnen ist offensichtlich. Der Satz: „Die da oben tun ja doch was sie wollen“ drückt überdeutlich das Ohnmachtgefühl derer aus, die in einer Demokratie eigentlich die Politik mitbestimmen sollten. Es ist sogar so, dass die BürgerInnen die Zunft der Politiker ganz ans Ende der Skala der Vertrauenswürdigkeit eingestuft hat. Dieser Zustand ist unhaltbar. Die nötigen Weichenstellungen, die vor dem Hintergrund des Klimaschutzes, der demografischen Entwicklung und der Ressourcenknappheit erforderlich sind, können nur gelingen, wenn sie von den BürgerInnen mit getragen werden. Die riesige Kluft zwischen Politik und BürgerInnen muss also überwunden werden, damit es zu einem solidarischen Miteinander kommen kann. **ECOLO** setzt sich seit je her für transparente klare Politik und BürgerInnenbeteiligung ein. Auch in der DG sind in der vergangenen Legislatur eine Reihe von neuen Formen der Partizipation eingeführt worden. Die Zukunftskonferenz, öffentliche Foren, das Open-Space, Konzertierungen mit VertreterInnen vieler Gesellschaftsbereiche, klare Darstellung der Finanzsituation, Veröffentlichung aller Regierungsbeschlüsse und Ratsdokumente im Internet, Verbesserung der Zugänglichkeit des Ministeriums und seiner Dienste und die Einführung eines Dorfwettbewerbes im Rahmen der Ländlichen Entwicklung sind wichtige Maßnahmen, die zum Teil auf Initiative von **ECOLO** und alle mit unserer vollen Unterstützung durchgeführt wurden. **ECOLO** möchte die BürgerInnenbeteiligung wesentlich weiter und konsequenter ausbauen. Dazu ist

Kreativität und Flexibilität gefragt, die nur progressive Kräfte wie **ECOLO**, häufig gegen den starren Widerstand konservativer Besitzstandswahrer, aufbringen können.

#### **I - 4 Öffnung**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist nicht am Reißbrett der Vernunft, sondern aus den Wirren der jüngeren Geschichte entstanden. Ein Kleingliedstaat mit 72.000 Menschen auf 854 km<sup>2</sup>..., wahrlich keine Standardsituation. In den vergangenen 30 Jahren hat der belgische Staat im Zuge seiner Föderalisierung seiner kleinsten „entité fédérée“ eine beachtliche Autonomie zugestanden. Aber immer noch wird heftig gestritten, ob denn die übertragenen Zuständigkeiten und die entsprechenden Geldmittel reichen oder nicht. **ECOLO** strebt weitere Zuständigkeiten nur in dem Maße an, wie diese die jetzigen Zuständigkeiten ergänzen oder abrunden. Viel wichtiger als die Frage nach weiteren Zuständigkeiten scheint uns die Aufgabe der optimalen Gestaltung der bisherigen Zuständigkeiten. **ECOLO** ist der Meinung, dass die 30 Jahre andauernde und streckenweise übertrieben leidenschaftlich geführte Autonomiedebatte manche Hornhaut so ungünstig gekrümmt hat, dass der Blick kaum noch über die Grenzen der DG hinausreicht. Statt verbissen weitere Zuständigkeiten zu fordern, ist für **ECOLO** die konsequente Öffnung der DG in alle Richtungen, zu unseren Nachbarn und darüber hinaus zu interessanten Partner die wichtigere Aufgabe. Wenn die DG nicht nur als Kuriosum, sondern als interessanter Partner auftreten will, wenn wir unseren jungen Menschen den Zugang zu einer multikulturellen und europäischen Identität erleichtern wollen und wenn wir für unsere Bürgerinnen und Bürger gute Dienstleistungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen anbieten wollen, dann ist nach 30 Jahren Autonomiedebatte die konsequente Öffnung ein Leitthema quer durch alle Politikbereiche.

**ECOLO will diese Öffnung !**

## **II - Besser leben im Alltag !**

**EINLEITUNG** In den folgenden Kapiteln werden die Ideen und Projekte zur Sozialpolitik vorgestellt, die **ECOLO** während der kommenden Legislatur verwirklichen möchte. Die LeserInnen werden dabei immer wieder auf die beiden folgenden Prinzipien stoßen, nach denen **ECOLO** seit jeher Sozialpolitik gestaltet hat: **SOLIDARITÄT** und **RESPEKT**. **Solidarität** zwischen Generationen, zwischen Geschlechtern, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Reichen und Armen, zwischen vom Schicksal Verwöhnten und Benachteiligten, zwischen Einheimischen und Zugezogenen, zwischen Nord und Süd. **Respekt** vor der Kultur des anderen, vor den Fähigkeiten des anderen, vor der Menschenwürde des anderen, vor der Autonomie des anderen, vor dessen „Anders sein“. Alle Maßnahmen der von **ECOLO** vertretenen Sozialpolitik zielen darauf ab, die Autonomie der betroffenen Zielgruppen zu stärken und sie zu unterstützen, ihr Leben möglichst weitgehend selbst in die Hand zu nehmen. Das findet man sowohl wieder in den Projekten zur Sozialberichterstattung, als auch in der Familienpolitik oder Entwicklungszusammenarbeit. Natürlich sollte dieses Kapitel nicht nur für sich gelesen werden. Immer wieder gibt es Querverbindungen zu anderen Themen, die entweder in anderen Kapiteln dieses Programms oder aber in den Programmen von **ECOLO** zu anderen Entscheidungsebenen (Föderal-, Regional- oder EU-Politik) zu finden sind.

## **II - 1 Perspektiven eröffnen und Menschen Gehör verschaffen**

Ecolo-Sozialpolitik hat grundsätzlich zum Ziel, ein gerechteres Zusammenleben aller Gesellschaftsgruppen und Menschen zu ermöglichen. Hierzu bedarf es der Erweiterung von Handlungsspielräumen, der Eröffnung neuer Perspektiven und einer Sicherung der allgemeinen Zugänglichkeit zum Sozialsystem. ECOLO wehrt sich gegen die aktuelle Tendenz der Privatisierung, deren Opfer die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind. Dieser Entwicklung muss solidarisches Handeln entgegengesetzt werden, wobei auch Engagement und Ehrenamt anzuerkennen sind. ECOLO setzt seine Bemühungen schwerpunktmäßig dort an, wo Personen oder Gruppen benachteiligt sind, wo Menschen von Chancenarmut oder Existenzunsicherheit betroffen sind. Das Zielpublikum der Sozialpolitik und die Akteure auf diesem Feld müssen bei der Ausarbeitung der verschiedenen Maßnahmen, bei ihrer Umsetzung und bei ihrer Bewertung aktiv beteiligt werden.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Ständige Sozialberichterstattung ausbauen**

ECOLO setzt sich dafür ein, dass auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft die notwendigen finanziellen und personellen Mittel freigesetzt werden, damit das Instrument der ständigen Sozialberichterstattung weiter ausgebaut wird und somit ein ständiger Dialog zwischen den betroffenen Personen, den verschiedenen auf dem Terrain tätigen Akteuren und den politischen Entscheidungsträgern ausgebaut werden kann. Sicherung der Sozialberichterstattung in der DG, indem sie strukturell angesiedelt und mit einem klaren Auftrag versehen wird. Eine Beurteilung der Auswirkungen von Entscheidungen oder Maßnahmen auf die soziale Lage der Bevölkerung und insbesondere der am meisten benachteiligten Personen muss systematisch erfolgen. Dies ermöglicht, frühzeitig Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

### **Für eine lebendige multikulturelle Gesellschaft**

ECOLO plädiert ebenfalls seit jeher für eine solidarische Gemeinschaft, die besonders auf benachteiligte Menschen und Gruppen achtet und Regelwerke vorsieht, die möglichst viel Chancengleichheit garantieren. ECOLO plädiert auch seit jeher für eine offene Gesellschaft, in der Menschen anderer Nationen und insbesondere auch Menschen, die aufgrund der materiellen oder politischen Situation aus ihrer Heimat flüchten mussten, aufnimmt. ECOLO will die Ängste der hiesigen Bevölkerung, oftmals der Benachteiligten, ernst nehmen die befürchten, dass AusländerInnen Vorrechte genießen und die Hiesigen dadurch noch mehr benachteiligt sind. Es darf nicht zur Rivalität zwischen den Benachteiligten kommen. ECOLO ist aber auch überzeugt, dass man auf diese Ängste nicht mit Ausschluss der ausländischen MitbürgerInnen reagieren darf. Eine multikulturelle Gesellschaft kann nur gelingen, wenn auf allen Seiten Offenheit für den anderen, für dessen Situation, dessen Geschichte und dessen Kultur besteht. Der beste Weg ist gegenseitiges Kennenlernen und Austausch auf der kleinen, oftmals persönlichen Ebene. Nur so können Fehlinformationen und Ängste abgebaut werden. Gezielte Förderung von Initiativen, die zum Miteinander von zugezogenen und einheimischen MitbürgerInnen beitragen.

### **Erstellen von Bewertungsinstrumenten**

Die Bewertung der Arbeit im sozialen Bereich nach quantitativen wie vor allem auch qualitativen Kriterien ist notwendiger denn je. Durch eine regelmäßige, konstruktiv ausgerichtete Auswertung der ergriffenen Maßnahmen kann überprüft werden, inwiefern die festgelegten Ziele erreicht werden oder aber die Maßnahmen ergänzt, abgeändert bzw. ersetzt werden müssten. Dabei sind die Zielsetzungen und die

Bewertungskriterien gemeinsam mit den Akteuren, den Betroffenen und den politischen Entscheidungsträgern zu erstellen. | Einführen eines Qualitätssicherungsprozesses für die sozialen Einrichtungen der DG

### **Konzertierung und Koordinierung der Sozialpolitiken**

Die Konzertierung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern ist unbedingt erforderlich, damit Maßnahmen, die von diesen Entscheidungsträgern beschlossen oder unterstützt werden, sich nicht neutralisieren, sondern im Gegenteil ineinander übergreifen und sich gegenseitig verstärken. Die Gemeinschaft muss hier nach innen hin verstärkt eine Koordinationsaufgabe wahrnehmen und nach außen hin Impulsgeber sein. | Orte für transversale Überlegungen (z. Bsp zwischen sozialen Einrichtungen und Schulwesen, zwischen Sport und Sozialwesen,....) müssen eingefordert und eingerichtet werden.

## **II - 2 Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes**

Familie hat nichts von ihrer Anziehungskraft eingebüsst. Sie ist noch immer die meist gelebte Form des Zusammenlebens und noch immer steht die Familiengründung bei jungen Menschen hoch im Kurs, dies belegen Umfragen. Daher muss der in den letzten Jahren zu verzeichnende Geburtenrückgang nachdenklich stimmen. Die Gründe für diesen Rückgang, der auch für die gesellschaftliche Zukunft nicht zu unterschätzende Konsequenzen hat, mögen vielfältig sein und können nicht nur im Rahmen der Familienpolitik aufgelöst werden. Beschäftigungs-, Sozial-, Wohnungsbau-, Raumordnungs- und Unterrichtspolitik, um nur einige Bereiche zu nennen, spielen hier gleichermaßen eine Rolle. Für uns ist es daher unerlässlich den Blickwinkel der Familien, und besonders der Kinder bei der Gestaltung dieser Politikbereiche zu berücksichtigen. Familien- und Erziehungsarbeit muss grundsätzlich aufgewertet werden. Familien müssen die Möglichkeit haben ihr individuelles Familienprojekt zu leben, in welcher Form auch immer. Das heißt auch, dass Elternteilen, die für die Kindererziehung eine Auszeit aus ihrer Berufstätigkeit nehmen möchten, entsprechende Möglichkeiten eingeräumt und gleichzeitig die Existenz der Familien während dieser Zeit gesichert werden müssen. Dazu ist eine Reform der Familienpolitik dringend notwendig und zwar auf allen Ebenen. Die Balance zwischen Familienzeit und Berufszeit wird vornehmlich auf föderaler Ebene geregelt, da hier Aspekte des Arbeitsrechtes sowie des sozialen Sicherheitssystems mitspielen. Die Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ergänzend den Familien die notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die sie bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrags unterstützen können und Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, dass die Belange der Familien und vor allen Dingen der Kinder auf allen Ebenen thematisiert und berücksichtigt werden.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Stärkung der Familienkompetenzen**

Die Vielfalt der Medien, die im Bereich der Erziehungsberatung veröffentlicht werden, ist ein Zeichen für das große Interesse vieler Eltern an dieser Thematik, kann jedoch auch als Beleg gelten für eine gewisse Unsicherheit der Eltern in bezug auf die Erziehung ihrer Kinder. Der Dienst für Kind und Familie (DKF) bestätigt dies. Die DG muss daher verstärkt in die Stärkung der Kompetenzen der Familien investieren. | Einrichtung von zusätzlichen, leicht zugänglichen Informations- und Schulungsangeboten, die den Eltern Kenntnisse vermitteln und vor allen Dingen deren Vertrauen in die eigenen

Kompetenzen stärken. | Bezeichnen einer Stelle, die systematisch alle Weiterbildungsangebote für Familien koordiniert und darüber informiert.

### **Eine Stimme für die Familien**

Niemand weiß besser als die Familien selbst, wo es Probleme gibt. ECOLO möchte daher Familien aktiver in die Gestaltung ihres Umfeldes mit einbeziehen und schlägt die Ausdehnung des Konzeptes der kommunalen Beratungsausschüsse für Kinderbetreuung vor. Diese Ausschüsse, die von Minister Hans Niessen während der letzten Legislatur lanciert wurden, haben sich für den Bereich der Kinderbetreuung bewährt. Diese erweiterten „Familienausschüsse“ sollten weiterhin bei der Gemeinde angesiedelt und von einer Fachkraft des Dienstes für Kind und Familie begleitet werden. Die Präsenz von Gemeindeverantwortlichen und vom DKF ermöglichen die oben geforderte transversale Vorgehensweise. Themen wie Freizeitangebote für Jugendliche und Kinder, Verkehrssicherheit, Öffnungszeiten von Ämtern,... können hier angesprochen werden. Es gilt, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. | Von den Kommunalen Kinderbetreuungsausschüssen – hin zu Kommunalen Familienausschüssen

### **Vereinbarung von Familienarbeit und beruflicher Arbeit ermöglichen**

Trotz der Fortschritte der letzten Jahre im Bereich der Kinderbetreuung, muss der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten fortgesetzt werden, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Auch hier steht das Wohlbefinden des Kindes an zentraler Stelle. Rahmenbedingungen, Qualitätskriterien, Öffnungszeiten müssen den Bedürfnissen des Kindes und denen der Eltern Rechnung tragen. Weiterhin muss die Zugänglichkeit zu Betreuungsplätzen für Familien mit niedrigem Einkommen gewährleistet sein. Es darf nicht zur gleichen Situation wie in Flandern kommen, wo zwar für mehr als 30% der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht, jedoch nur 25% dieser Plätze über die öffentliche Hand finanziert werden. Eine solche Entwicklung führt zu Einbußen in Bezug auf Qualität und Zugänglichkeit dieser Dienstleistung für niedrigere Einkommensschichten. | Ausbau der Kinderbetreuungsplätze fördern, Zugänglichkeit zu diesen Plätzen für alle Einkommensstufen garantieren. | Den sozial-pädagogischen Auftrag der Kinderbetreuung hervorheben.

### **Familie als transversales Thema**

ECOLO plädiert für eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instanzen, die einen direkten Einfluss auf Familien haben, sprich vorrangig zwischen Dienst für Kind und Familie, der im Bereich der Begleitung und Prävention aktiv ist, Schule, Betreuungseinrichtungen, Jugendhilfe, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Familienorganisationen. Kommunikation über jeweilige Erfahrungen und Erkenntnisse, die gemeinsame Feststellung von Tendenzen und Absprachen von koordinierten Vorgehensweisen ermöglichen, dass frühzeitig auf Entwicklungen reagiert wird. Das erlaubt eine effiziente Prävention. Wir schlagen daher die Erarbeitung einer strukturellen und effizienten Form der Zusammenarbeit dieser verschiedenen Bereiche vor. | Enge und systematische Zusammenarbeit aller Instanzen, die mit und für Familien arbeiten

### **Entlastung der pflegenden Angehörigen**

70% der erforderlichen Hilfsmaßnahmen für pflegebedürftige Menschen werden von Angehörigen geleistet. Oftmals sind diese selbst bereits Senioren. Der Druck auf diese Angehörigen ist groß, manchmal zu groß. | Ausbau der Dienstleistungen für pflegebedürftige Menschen. | Dienstleistungen für die pflegenden Angehörigen selbst (Bsp. Putzhilfen) anbieten. | Beratung und Weiterbildung für pflegende Angehörige

### **Kinder im Zentrum**

Nur eine kindgerechte Welt ist auch eine familiengerechte Welt. Allzu oft werden jedoch die Interessen der Kinder nicht wahrgenommen, zum Teil aus Unkenntnis, zum Teil, weil wirtschaftliche oder finanzielle Interessen wichtiger sind. Die Folgekosten für die Gesellschaft können jedoch bedeutend höher liegen, als der kurzfristige Gewinn, der sich aus manchen Entscheidungen ergibt. Die Bezeichnung eines Kinderrechtsbeauftragten. Dieser hätte die Aufgabe über die Rechte der Kinder zu informieren, Projekte, die Partizipation von Kindern fördern, zu unterstützen und Gesetzestexte auf ihre Auswirkung für Kinder zu untersuchen. Diesem Kinderrechtsbeauftragten würde auch die Aufgabe obliegen, Beschwerden in bezug auf die Verletzung der Kinderrechte entgegen zu nehmen.

## **II - 3 / Unsere Gesundheit: sie fördern, erhalten und wiederherstellen**

Das wichtigste Instrument, welches die Gesundheitsfürsorge für alle Personen garantiert, ist das Instrument der Sozialen Sicherheit. ECOLO tritt auf jeden Fall dafür ein, dass das System der Sozialen Sicherheit weiterhin ein föderal organisiertes, verpflichtendes und auf Solidarität aufgebautes System bleibt. Auch ist ECOLO der Überzeugung, dass weitere Maßnahmen notwendig sind, um zu vermeiden, dass immer mehr Menschen aufgrund ihrer Eigenbeteiligung bei den Gesundheitsausgaben an den sozialen Rand gedrängt werden. Die DG ist im Gesundheitsbereich hauptsächlich für die Gesundheitsförderung zuständig, sowie für mehrere Aspekte der Krankenhauspolitik, die sie sich mit dem Föderalstaat teilen muss.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Die Gesundheitsförderung**

Unter Gesundheitsförderung verstehen wir das Streben nach einem Gleichgewicht, das gesundheitliche, soziale und umweltbedingte Einflüsse berücksichtigt. Die Aufgabe der DG ist es, ihren Bürgerinnen und Bürgern die Kenntnisse und Voraussetzungen an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglicht, nach gesundheitsfördernden Gesichtspunkten zu handeln. Es wurde ein Dekretentwurf in den RDG eingebracht, der diese Prinzipien als Handlungsrichtlinie verankert und erstmals überhaupt die Gesundheitsförderung in der DG regelt. Der Dekretentwurf sieht die Schaffung eines Beirates vor, Abschlüsse von Verträgen mit den betroffenen Organisationen, sowie die Umsetzung eines Konzeptes zur Gesundheitsförderung. Nach den Richtlinien des Konzeptes müssen in der DG prioritär Programme zur gesunden Ernährung, zur Reduzierung des Tabakkonsums, zur Persönlichkeitsstärkung und zur Förderung der mentalen Gesundheit erarbeitet und durchgeführt werden. Aktionen, die bisher hauptsächlich auf Ebene der Primarschulen entwickelt und durchgeführt werden (Zahnprophylaxe, gesunde Ernährung) sollten auch konsequent in den Sekundarschulen weitergeführt werden.

### **Umwelt & Gesundheit**

Die zunehmende Belastung aller Lebensbereiche durch chemische Produkte hinterlässt immer mehr ihre Spuren. Immer häufiger klagen Menschen über gesundheitliche Beschwerden, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit ihrem Wohn- oder Arbeitsmilieu stehen. Die Klagen von Betroffenen werden allzu oft nicht ernst genommen und als Hirngespinnste abgetan. Oftmals handelt es sich um typische Symptome für Wohnkrankheiten, wie Migräne, chronische Infektionen der Atemwege oder hartnäckige Hautausschläge, die trotz medizinischer Behandlung immer wieder auftreten. In Anbetracht dieser Problematik genügt Information alleine nicht, es gilt konkrete Beratung zu leisten und Abhilfe zu schaffen. Diese Aufgabe soll eine sogenannte Umweltambulanz übernehmen. Seit ein paar Jahren besteht ein solcher Dienst bei der Provinz Lüttich. In den kommenden Jahren soll dieser Dienst bei der

hiesigen Bevölkerung mehr bekannt gemacht werden. Systematische Information der Hausärzte, damit diese verstärkt auf die Umweltambulanz verweisen und zurückgreifen. Dies kann durch abendliche Weiterbildungsangebote geschehen. Die DG soll sich dafür stark machen, dass bei den umliegenden medizinischen Fakultäten unserer Euregio-Partner und insbesondere in Lüttich ein entsprechendes Zertifikat in Umweltmedizin angeboten wird. Außerdem muss über die Frage der Umweltambulanz hinaus eine intensive Zusammenarbeit mit den arbeitsmedizinischen Diensten aufgebaut werden, denn auch am Arbeitsplatz sind die ArbeitnehmerInnen allzu oft Belastungen durch Wohngifte ausgesetzt. Hier gilt es, in Zusammenarbeit mit den verschiedenen zuständigen politischen Instanzen und den bestehenden Gesundheits- und Sicherheitsräten sowie durch Sensibilisierung der Sozialpartner, die für einen gesunden Arbeitsplatz notwendigen Weichen zu stellen.

### **Die Krankenhäuser:**

Aufgrund der großen Entfernungen innerhalb der DG ist die Aufrechterhaltung von zwei kleinen Krankenhäusern durchaus gerechtfertigt. Ihr Platz in der Not- und Grundversorgung ist unabdingbar. In den vergangenen vier Jahren konnte viel erreicht werden: die finanziellen Mittel für die dringend notwendige Erneuerung der Infrastruktur wurden um über 5 Millionen € Zuschuss seitens der DG aufgestockt; zwei Notarztstandorte, in Eupen und Sankt Vith, sind anerkannt und ins föderale Notrufsystem eingebunden. Beide haben die Möglichkeit bekommen, eine Station für chronisch Kranke einzurichten; in Eupen durfte eine Dialyseeinheit eröffnet werden ... Die Herausforderungen der Zukunft verlangen nicht zuletzt eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen den Eupener und Sankt Vith'schen Krankenhäusern. Dies bietet für ECOLO Möglichkeiten, verschiedene Nachteile der geringen Größe zumindest teilweise zu kompensieren. Das Erreichte muss ebenfalls konsolidiert werden, damit die in beiden Krankenhäusern noch anstehenden Baumaßnahmen eine optimale Verbesserung der Dienstleistung für die Bürger der DG erbringen.

**Standorte Eupen und St. Vith müssen gesichert bleiben.** Eine systematische Zusammenarbeit zwischen den beiden Krankenhäusern der DG einrichten. Mittelfristig wird es insbesondere für Eupen aufgrund seiner geographischen Lage wichtig, dass es in der Euregio zu einem fairen Austausch von medizinischer Dienstleistung kommen kann. Es kann nicht sein, dass unterschiedliche Rückerstattungen es nur den Belgiern attraktiv erscheinen lässt, auf deutsche Angebote zurück zu greifen, die deutschen Bürger allerdings aus Rückerstattungsgründen nicht den Weg in belgische Kliniken finden.

### **Mehr Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich**

Beim Föderalstaat soll eine korrekte Finanzierung der integrierten Heimpflegedienste gefordert werden, um so eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen häuslicher Versorgung, Heimpflege, Hausärzten, Kinesitherapeuten, Alten- und Pflegeheimen und Krankenhäusern zu erreichen. Diese Struktur soll dem Patienten zugute kommen: ein reibungsloser Übergang bei Entlassung aus dem Krankenhaus, eine Verbesserung der Notdienste der Gesundheitsberufe wären darüber erreichbar. In dieser integrierten Struktur könnten auch gemeinsam Weiterbildungsmaßnahmen organisiert oder Vorbeugend- und Gesundheitserziehungsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden. Die Einrichtung von „integrierten Heimpflegediensten“ in der DG unterstützen. Die Entstehung alternativer Strukturen (Bsp. Ärztehaus) für eine ganzheitliche Gesundheitspflege: Aufgabe der Gemeinschaft ist, solche Ansätze zu fördern, sie in ihrem Aufbau und ihrer Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen.

## II - 4 Ein erfülltes Leben für Seniorinnen und Senioren

### : Partizipation, Selbstbestimmung, angepasste Hilfen.

Die Beendigung der beruflichen Laufbahn und damit der Einstieg ins Pensionsalter ist für viele ein einschneidendes Moment. Für manche ist es die Zeit, in der sie Vorhaben verwirklichen können, wie beispielsweise Reisen, soziales oder/und kulturelles Engagement. Für einige ist diese Zeit auch mit Einschränkungen verbunden, sei es aus finanziellen oder körperlichen Gründen. Ecolo will selbstbestimmtes und aktives Altwerden für jeden fördern. Es gilt, das Potential der Seniorinnen und Senioren zu nutzen. Mentoringprojekte, ehrenamtliche Tätigkeiten, Partizipation, sind Elemente, die verstärkt zu fördern sind.

**Schwerpunkte und Vorschläge:** als Akteure Seniorinnen und Senioren stellen einen immer größeren Teil unsere Bevölkerung. Es ist wichtig, ihre Stimme zu hören, ihre Bedürfnisse zu kennen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu nutzen. Die Förderung von Partizipation ist daher ein wichtiges Element. Dem Rat der Seniorinnen und Senioren obliegt hier eine wichtige Aufgabe. | Einrichtung eines unabhängigen Seniorenbüros, das den Rat bei seiner Arbeit unterstützt und als Beobachtungs- und Informationszentrale für alle die SeniorInnen betreffenden Fragen in der DG gilt.

#### **Eine zentrale Beratungsstelle der häuslichen Versorgung**

Immer wieder wird die ungenügende Information über die verschiedenen Möglichkeiten der häuslichen Versorgung bemängelt. Auch über finanzielle Beihilfen wird nicht systematisch informiert. Das Motto für Hilfsprogramme muss lauten : so viel Autonomie wie möglich, so viel Hilfe wie nötig. | Schaffung einer zentralen Beratungsstelle die ein auf die NutznießerInnen und deren Wohnsituation angepasstes Angebot zusammengestellt. | Die Beratungsstelle sollte auch Hilfe leisten bei den administrativen Aufgaben.

**Ausbau der Dienstleistung für ältere Menschen,** die aus körperlichen Gründen in ihrer Eigenbestimmung eingeschränkt sind. Diese Dienstleistungen müssen für jeden finanziell zugänglich sein. | Fördern von neuen Angeboten : Kurzzeitpflege in Alten- und Pflegeheimen zur Entlastung der Familien, Mittagstisch, Tagespflege, ... | Einführen einer einheitlichen, sozial verträglichen Berechnungsgrundlage für die Eigenbeteiligung bei Dienstleistungen.

#### **Alternative Wohnformen**

ECOLO möchte die Schaffung alternativer Wohnformen unterstützen : Die DG muss weiterhin in die Schaffung von „Betreuten Wohnungen“ investieren; mittelfristig müssen Betreute Wohnungen im Norden und im Süden gebaut werden. Die Investitionen der DG in Betreute Wohnungen müssen dazu genutzt werden, die Unkosten für die Nutznießer zu verringern und somit eine erhöhte Zugänglichkeit garantieren. Daneben soll die DG Menschen, die sich für eine alternative Wohnform interessieren oder entscheiden (Wohngemeinschaften, Wohnen gegen Pflege,...) eine kompetente Beratung zur Verfügung stellen; die sie beim Aufbau des Projektes unterstützt. | Systematische Information und Sensibilisierung der Bevölkerung über alternative Wohnprojekte für Seniorinnen und Senioren. | Fachliche Beratung und Begleitung für die Menschen und Einrichtungen, die ein solches Projekt planen. | Förderung von „betreuten Wohnungen“ quer durch die DG

## II - 5 Recht auf eine angemessene Wohnung

Die Ausgaben im Wohnungsbereich sind sehr oft auslösender Faktor von Armut bzw. Existenzunsicherheit. Auch hat sich die Wohnungsproblematik zu einem Phänomen entwickelt, das breite Bevölkerungskreise treffen kann (Sozialhilfeempfänger, Personen mit geringem Arbeitseinkommen, Haushalte mit nur einem Einkommen, ältere Personen, kinderreiche Familien, alleinerziehende Personen, behinderte Personen ...). Obwohl die Wohnungspolitik eine regionale Angelegenheit ist und sowohl die Region als auch der Föderalstaat (steuerliche Maßnahmen, Mietpreisregelungen...) zunächst gefordert sind, muss auch die Deutschsprachige Gemeinschaft weiterhin in diesem Bereich aktiv bleiben, damit das Recht auf Wohnung für alle, auch für Menschen mit geringerem Einkommen, Realität wird.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Lokale Verankerung der Wohnungspolitik**

Im Rahmen der lokalen Verankerung der Wohnungspolitik und dank einer entsprechenden Verknüpfung der diesbezüglichen Dreijahrespläne der einzelnen Gemeinden mit dem Infrastrukturplan der Gemeinschaft, besteht für die Gemeinschaft die Möglichkeit, in den Bereichen betreutes Wohnen, Notaufnahmewohnungen, Integrationswohnungen (Bereiche für die sie zuständig ist), als zusätzlicher Zuschussgeber aufzutreten und somit die wohnungspolitischen Handlungsspielräume der Gemeinden zu erweitern. Die Gemeinschaft kann als Koordinator für einen gemeindeübergreifenden Planungsansatz auftreten, der eine kohärente gebietsbezogene Wohnungspolitik ermöglicht.

### **Ländliche Entwicklung und angemessener Wohnraum**

Die Dynamisierung von Beschäftigung im ländlichen Raum, die Valorisierung der natürlichen Ressourcen, die Förderung und Unterstützung des Handwerks, die Pflege eines naturnahen, sanften Tourismus, ein attraktives Angebot an Mobilitätsmöglichkeiten, die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen im ländlichen Raum (u.a. durch den Ausbau von mobilen Angeboten) ... all dies sind Aspekte, die eine (Wieder)Ansiedlung im ländlichen Raum begünstigen. Es sind alle Elemente einer gut durchdachten, ländlichen Entwicklung, die die Voraussetzungen dafür schafft, dass bestehender Wohnraum auch wieder zu Wohnzwecken genutzt werden kann.

### **Tourismus und Wohnungsproblematik**

Sanfter Tourismus ist ein wesentliches Element nachhaltiger ländlicher Entwicklung. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Subventionen der Gemeinschaft für Ferienwohnungen den Wohnungsmarkt nicht zu stark verzerren. Im Gegenteil, dieser Markt muss so reguliert werden, dass die Konkurrenzsituation zwischen Ferienwohnungen und angemessenem Wohnraum nicht zu Ungunsten des Wohnraums ausschlägt.

### **Soziale Immobilienagenturen**

Die sozialen Immobilienagenturen spielen eine bedeutende Rolle im Bereich Unterstützung und Hilfeleistung in allen Wohnfragen (Mietrecht, Instandsetzung, Prämien, Wohnbegleitung...) und bei der Zugänglichmachung von leerstehendem Wohnraum. Sie sollten durch eine Kofinanzierung der Gemeinschaft ihr Betätigungsfeld speziell im Bereich Wohnen im Alter ausbauen.

## II - 6 Behindertenpolitik, ein transversales Thema

Die Behindertenpolitik ist kein Bereich, der ganz alleine für sich steht. Sie überschneidet sich mit Schul- und Kulturpolitik, mit Gesundheits- und Seniorenpolitik. Eine weitreichende Integration ist nur durch einen transversalen Ansatz möglich. Ziel der Bestrebungen sollte sein, dass der Mensch mit Behinderung und seine Familie so weit

wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das heißt, dass die Angebote, Einrichtungen und Infrastrukturen im Sozial-, Ausbildungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits- und Kulturbereich so gestaltet werden, dass alle, Menschen mit Behinderung inbegriffen, ungehindert daran teilnehmen können. Gleichzeitig muss Überversorgung oder Bevormundung vermieden werden.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Früherkennung = Prävention**

Früherkennung ist eine wichtige Voraussetzung für eine angepasste Förderung und für eine größtmögliche Integration. Die Frühhilfe muss ihren präventiven und orientierenden Charakter beibehalten können. Der Zugang muss auch dann weiterhin gewährleistet sein, wenn noch keine klare Diagnose einer Behinderung oder einer dauerhaften Beeinträchtigung des Kindes vorliegt.

### **Angepasste Lebens- und Begleitformeln**

Zur Unterstützung und Entlastung von Familien mit einem behinderten Menschen ist ein flächendeckendes Netz an ambulanten und institutionellen Hilfen sowie an familienentlastenden Diensten aufgebaut worden. Im ambulanten Bereich ist eine systematische und enge Zusammenarbeit zwischen dem Behindertenbereich und den Dienststellen der Häuslichen Versorgung notwendig, damit die Hilfeleistungen für die Betroffenen selbst und deren Familien möglichst optimal geplant werden können. Im Bereich der Unterbringungsmöglichkeiten für behinderte Personen sollte auch weiterhin Wert darauf gelegt werden, ein breitgefächertes Angebot anzubieten.

**Integration durch Beschäftigung** Zu einer vollwertigen Teilnahme am sozialen Leben gehört die Beschäftigung. Die Integrationsbemühungen durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Behinderung müssen fortgesetzt werden. Weiterer Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung. **Zugänglichkeit** Die Angebote in Kultur, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit müssen allen, also auch Personen mit einer Behinderung zugänglich sein. Bei Erstellung neuer Regelwerke soll darauf geachtet werden, dass Bezuschussungskriterien für die Organisationen an diese Bedingung gekoppelt werden.

## **II - 7 Für eine verstärkte nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit**

Es gilt, das extreme Spannungsfeld zwischen Norden und Süden zu durchbrechen, das sich ergibt aus den ungleichen Lebensbedingungen : einerseits eine Minderheit von Menschen, die in materiellem Wohlstand und wirtschaftlichem Reichtum leben, und andererseits die große Mehrheit, die in ständiger Armut und Abhängigkeit lebt. Diese Situation aufrecht zu erhalten, wäre nicht nur Zeugnis einer dramatischen moralischen Ungerechtigkeit, sondern der sichere Weg in eine Sackgasse. Die vielen bewaffneten Konflikten, die blinde Gewaltbereitschaft, die ökologischen Katastrophen und auch das Erlahmen des Wohlstands der reichen Länder stellen sind aktuell schon eine massive Bedrohung.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Für eine andere Globalisierung**

Die wachsende Verarmung einer Großzahl von Menschen, insbesondere in den Ländern der südlichen Halbkugel, der Mangel an interkulturellem Dialog und die weltweite Umweltüberlastung lassen die Fehler der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung offensichtlich erscheinen. Diese erschreckende Wirklichkeit verdeutlicht die Notwendigkeit, einen solidarischen, ethischen, sozialen und ökologischen Rahmen für die Globalisierungspolitik zu definieren. Die Entwicklungszusammenarbeit muss ihren Beitrag bei der Schaffung dieses Rahmens leisten. Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht mehr auf den Mechanismus der Projektfinanzierung begrenzen, die allzu oft

den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Geberlandes unterworfen ist. Entwicklungszusammenarbeit ist ein politisches Richtziel, durch das die verschiedenen Dimensionen einer harmonischen Entwicklung (Bildung, Arbeit, Gesundheit, gerechter Handel, Umwelt) gemeinsam mit den Partnerländern in Angriff genommen werden können. Die Koordination der Entwicklungszusammenarbeit soll weiterhin auf föderaler Ebene stattfinden. Die Regionen, Gemeinschaften, Provinzen und Gemeinden müssen kohärent und koordiniert ihren Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit leisten. Der Föderalstaat sollte einen detaillierten Plan ausarbeiten, damit Belgien endlich 0,7% von seinem BSP der Entwicklungszusammenarbeit widmen kann. Es muss gewährleistet werden, dass investierte Mittel auch wirklich zu einer nachhaltigen und eigenständigen Entwicklung der Partner im Süden beitragen. Die Arbeit der nicht regierungsgebundenen Organisationen im Süden muss aufgewertet und Partizipation bei der Projektentwicklung gefordert werden.

### **Sensibilisierung**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft soll ihre Bevölkerung weiter motivieren, an diesem Prozess aktiv teilzunehmen. Die Initiative der Einsetzung eines Rates für Entwicklungszusammenarbeit unter Minister Hans Niessen war eine wichtige Weichenstellung. Die korrekte Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist eine Grundvoraussetzung, um weitere Aktionen in die Wege zu leiten. Idealerweise sollten Projekte von Organisationen aus der DG mit Partnern im Süden gemeinsam erarbeitet und gemeinsam durchgeführt werden. Die Gemeinschaft sollte die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit progressiv aufstocken. Langfristiges Ziel ist es, 0,3% des Einnahmenhaushaltes der DG für die Entwicklungszusammenarbeit frei zu setzen. Zu unterstützende Projekte müssen darauf geprüft werden, ob sie eine dauerhafte, eigenständige Entwicklung ermöglichen, die vorrangig auf die Ernährungsunabhängigkeit der Partnerregion abzielt. Eine Partnerschaft zwischen der DG und einer Partnerregion im Süden soll aufgebaut werden, die es Einrichtungen oder Instanzen der DG ermöglicht, entsprechende Projekte mit ihren Pendanten in der Partnerregion durchzuführen. Partnerschaften zwischen Gemeinden der DG und Gemeinden im Süden könnten ebenfalls von der DG gefördert werden.

## **III - Ökologie, Chance für die Ökonomie, auch in Ostbelgien !**

**EINLEITUNG** Die entscheidende Herausforderung für eine moderne Wirtschaftspolitik besteht im Übergang zu einer nachhaltigen, ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Wirtschaftsweise. ECOLO steht für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Ökologie eröffnet ein wichtiges Wachstumsfeld. Dazu gehört die drastische Verminderung von klimaschädlichen Emissionen in den kommenden Jahrzehnten, die Bewahrung der naturnahen Landschaften und der Schutz der biologischen Vielfalt unseres Planeten. Ökologisches Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze. Die Strategie der Nachhaltigkeit beschreibt ein ökonomisches Erfolgsmodell. Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis der regenerativen Energiequellen bietet mehr qualifizierte Arbeitsplätze als die extrem kapitalintensive Atomenergie. Der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft bietet neue Arbeitsplätze für Wartung, Reparatur und Recycling. Wir wollen einen ökologischen Strukturwandel vorantreiben.

### **III - 1 Beschäftigung: damit jeder seinen Platz in unserer Gesellschaft finden kann**

Die Beschäftigungslage in unserer Gemeinschaft und die damit verbundene Einkommenssicherheit bzw. -Unsicherheit der hiesigen Bevölkerung muss zentrales Augenmerk der politischen Entscheidungsträger bleiben. Die Gemeinschaft muss weiterhin Prozesse der nachhaltigen Entwicklung auf dem Gebiet deutscher Sprache unterstützen. Sie muss mit dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich die kleinen und mittleren Betriebe und insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft entsprechend entfalten kann (Förderung der auf die Verwertung von Regionalressourcen hin orientierten Produktionsketten, Förderung der Regionalvermarktung...). Speziell jedoch im Social- Profit-Bereich (Kleinkindbetreuung, häusliche Versorgung, Integrationsprojekte...) sind durch den Ausbau des bestehenden Angebots neue, dauerhafte und sozial wertvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Außerdem sind Initiativen im Bereich der Arbeitszeitverkürzung und im Bereich des progressiven Ausstiegs aus dem Erwerbsleben erforderlich.

#### **Schwerpunkte und Vorschläge: und Ausbau des Nicht-Kommerziellen- Sektors**

Dieser beschäftigungsintensive Sektor (auch Social-Profit Sektor genannt) trägt wesentlich zur sozialen Kohäsion unserer Gemeinschaft bei. Der Ausbau der Dienstleistungen im nicht-kommerziellen Sektor ist in mancher Hinsicht von Bedeutung: es besteht ein großer, sich ausweitender Bedarf in diesem Bereich, es werden dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen; diese Dienstleistungen sind Ausdruck der Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft, und sie tragen in großem Maße dazu bei, die Lebensqualität der Bevölkerung unserer Gemeinschaft zu steigern.

#### **Aus- und Weiterbildungsinitiative**

Damit der steigende Bedarf im Bereich der Heimdienste und im Bereich der Kleinkindbetreuung durch qualifiziertes Personal abgedeckt werden kann, ist eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Berufe in den Bereichen der Hilfe für Personen und Familien (Senioren bzw. FamilienhelferInnen, Putzhilfen, AllroundhandwerkerInnen ...) und in der Kleinkindbetreuung (KinderpflegerIn, Tagesmutter/vater) notwendig.

#### **Tandem-Plan**

Der progressive Ausstieg aus dem Arbeitsleben und die Weitergabe von Berufserfahrung und Know-how an die nachfolgende Generation muss durch entsprechende Maßnahmen organisiert und gefördert werden. Die Gemeinschaft sollte in ihrer Verwaltung, in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen und in den Sektoren, die sie bezuschusst, in Konzertierung mit den Sozialpartnern, ähnlich wie in der wallonischen Region einen Tandem-Plan einführen.

### **III - 2. Wirtschaftsförderung durch nachhaltige Regionalentwicklung**

Für ECOLO ist Regionalentwicklung eng mit der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe verbunden. Konzepte der Globalisierung sind langfristig nicht tragfähig und müssen durch Wirtschaftskonzepte ersetzt werden, die bei den in der Region vorhandenen Menschen, Potenzialen und Ressourcen ansetzen. Der Wirtschaftsstandort Ostbelgien bietet viele Vorteile eines ländlichen Raums und die Besonderheiten einer Grenzregion. Durch seine zentrale Lage in der Euregio, die sprachlichen Qualifikationen der Bevölkerung und ein dichtes Netz an kleineren und mittleren Betrieben kann die Arbeitsmarktsituation noch als relativ gut bezeichnet werden. Diese Vorteile gilt es in Zukunft zu festigen und weiter auszubauen. Hierbei

kommt der Wirtschaftsförderung im Rahmen einer nachhaltigen Regionalentwicklung eine zentrale Rolle zu.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: erstellen**

Eine nachhaltige Regionalentwicklung darf sich nicht nur auf Wirtschaftsförderung beschränken. Sie beinhaltet auch soziale und kulturelle Aspekte. Außerdem ist es notwendig, ökologische Richtlinien in ein regionales Entwicklungskonzept einzubeziehen, damit die notwendigen Weichenstellungen für eine dauerhafte Entwicklung erfolgen können. ECOLO fordert deshalb, dass ein Regionalentwicklungskonzept für die Deutschsprachige Gemeinschaft erstellt wird. Alle bedeutsamen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Faktoren müssen erfasst und in das Regionalentwicklungskonzept einbezogen werden. Es ist notwendig, dass alle betroffenen Institutionen, Verbände und Organisationen bei der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs eingebunden und beteiligt werden, damit die verschiedenen Maßnahmen und Handlungsschritte aufeinander abgestimmt werden können. Die durchzuführenden Maßnahmen müssen von einem möglichst breiten Teil der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Entscheidungsträger unterstützt werden.

### **Wirtschaftsförderung - Regionalentwicklungsförderung**

Insbesondere die KMU und die landwirtschaftlichen Betriebe sind in den Augen von ECOLO wichtige Partner bei der Erstellung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen. ECOLO fordert deshalb, dass Vertreterinnen und Vertreter sowohl von kulturellen und umweltorientierten Vereinigungen als auch von Schulen in die Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft einbezogen werden und die WFG umgewandelt wird in eine Regionalentwicklungsgesellschaft. Synergien zwischen dem Arbeitsamt, dem Wirtschafts- und Sozialrat und der jetzigen Wirtschaftsförderungsgesellschaft schaffen bzw. erweitern. Zusammenarbeit der Gemeinden fördern unter Koordination der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Ansiedlung von Betrieben die lokal oder regional eingebunden sind, d. h. deren Ansiedlung an hiesige Ressourcen gebunden ist, muss gefördert werden. Neue Tätigkeitsfelder für Landwirte eröffnen. Einführung eines Prämiensystems für die Landschaftspflegearbeiten, die von Landwirten geleistet werden. Landwirt als Energiewirt (Verpachtung von Standorten für Windräder, Errichten von Biogasanlagen, usw.) Projekte der Regionalvermarktung als Chance begreifen. **Schaffung eines Kompetenzzentrums „Erneuerbare Energien / Ressourcenschonendes Bauen“** Kompetenzen in den Bereichen der nachhaltigen Entwicklung bieten den Handwerkern eindeutige Wettbewerbsvorteile in zukunftsorientierten Techniken.

Durch die Schaffung eines Kompetenzzentrums „Alternative Energien / Ressourcenschonendes Bauen“ trägt die Gemeinschaft mit dazu bei, den einheimischen Handwerkern Fähigkeiten, Können und Wissen zu vermitteln, die es ihnen erlauben, gerade in diesen Bereichen mit großen Zukunftsaussichten frühzeitig auf eine entsprechende Nachfrage reagieren zu können. Zielgerichtete Investitionspolitik der DG im Bereich „Erneuerbare Energien und energiesparende Maßnahmen“

### **Ländliche Entwicklung im europäischen Kontext**

Die Europäische Union ist zu 80 Prozent ländlich strukturiert. Umso mehr sind ländliche Räume unverzichtbar für eine nachhaltige, ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Dies gilt insbesondere auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Ländliche Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann aufgrund der geringen Größe unseres Gebiets nur sinnvoll sein, wenn wir die Randgebiete zu unseren Nachbarn in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Luxemburg und in der Wallonischen Region miteinbeziehen und gemeinsam Projekte realisieren. Dabei ist die „Fondation

Rurale de Wallonie (FRW)“ ein wichtiger Partner als Bindeglied zur Wallonischen Region. ECOLO setzt sich dafür ein, die Mitgliedschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Stadt und Landentwicklung weiter aktiv zu gestalten und sich alle zwei Jahre beim europäischen Dorfwettbewerb zu engagieren. Neue Konzepte der Mobilität und des Öffentlichen Personennahverkehrs erproben. Für Projekte und Initiativen im Ländlichen Raum sensibilisieren (Dorfwettbewerbe).

### **III - 3 Der Tourismus als Faktor der Nachhaltigkeit**

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig Ostbelgiens. Es besteht aber noch genügend Ausbaupotential. Die Nähe zu den Ballungszentren wie Ruhrgebiet und Maasbecken prädestiniert Ostbelgien zu einem Naherholungsgebiet ersten Ranges. Um zu einer nachhaltigen Entwicklung Ostbelgiens beizutragen, die die Interessen von Mensch und Natur berücksichtigt, muss das Tourismuskonzept auf einer sozialen und umweltorientierten Gästepolitik beruhen. Nachhaltiger Tourismus kann dazu beitragen, rückläufige Entwicklungen in der Landwirtschaft zumindest teilweise aufzufangen. Es soll deshalb ein familienfreundlicher, ländlicher Tourismus gefördert werden, der neue Absatzmärkte für regionale Produkte erschließen kann. Zudem muss der Tourismus in Ostbelgien grenzüberschreitend angelegt sein. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn ist unverzichtbar. Unser Konzept verbindet Erholung in der Natur (Wandern, Radwandern,..) mit der Entdeckung kultureller Highlights (Theater, Karneval,..) in und um Ostbelgien, mit kreativer künstlerischer Beschäftigung (Malen, Töpfern, ...) oder mit sportlichen und gesundheitsfördernden Aktivitäten (Ski, Segeln, Triathlon,...)

#### **Schwerpunkte und Vorschläge**

Umwelt und Landschaftsschutz haben Vorrang. Die ostbelgische Natur und Landschaft ist sicher der Hauptmagnet für die touristische Anziehungskraft unserer Region. Die touristische Erschließung muss sich am Schutz unserer Landschaft orientieren, um deren Wert auf Dauer zu erhalten bzw. zu steigern. Prüfung der Umwelt- und Landschaftsverträglichkeit für touristische Projekte. Besonders wertvolle Landschaften (Feuchtbiotope,...) müssen unter Naturschutz gestellt werden, um das Gleichgewicht sensibler Biotope zu erhalten.

#### **Wirtschaftliche Trümpfe ausspielen**

Der Tourismus muss sich, aus volkswirtschaftlicher Sicht gesehen, zu einem selbsttragenden Wirtschaftszweig entwickeln. Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, touristische Initiativen von Städten und Gemeinden zu koordinieren und zu fördern, damit der ostbelgische Tourismus nach außen hin ein einheitliches positives Bild bietet. Zusammenarbeit hinsichtlich einer kohärenten Tourismuswirtschaft ist unerlässlich. Der Tourismus soll die hiesige Landwirtschaft stärken. Die Initiative "Ferien auf dem Bauernhof" kann eine Chance für die noch bestehende Landwirtschaft sein und sollte weiter ausgebaut und unterstützt werden. Bei der Bewirtung der Gäste kann die Direktvermarktung eigener Produkte des Bauernhofes im Kleinen erprobt werden und später als regionale Produktpalette unserer Landwirtschaft breiter vermarktet werden. Durch besondere Gastronomie, angenehme Beherbergung, kulturelle Vielfalt und diverse Freizeitangebote haben wir die Chance, neue Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zu schaffen. Diese Chance muss auch bei der Ausbildung Jugendlicher berücksichtigt werden. Nur Professionalität kann auf Dauer zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

### **Die einheimische Bevölkerung beteiligen**

Die Menschen in Ostbelgien, deren Kultur im Laufe der Zeit durch das Leben ‚nahe der Grenzen‘ geprägt wurde, zeichnen sich durch ihre Mehrsprachigkeit, ihre Dynamik, aber auch durch ihren ‚spitzen‘ Humor, ihre Geselligkeit und Besonnenheit aus. Die Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft müssen unserer Bevölkerung zu Gute kommen. Gastfreundschaft kann nur von der einheimischen Bevölkerung ausgehen. Deshalb muss unsere Bevölkerung stärker als bisher bei der Verwirklichung touristischer Infrastrukturen oder Aktivitäten eingebunden werden. So kann eine dynamische Tourismuswirtschaft in Ostbelgien wachsen. Die Vernetzung touristischer Landstriche kann für alle Beteiligten nur von Interesse sein. Eine enge Zusammenarbeit unseres Verkehrsamtes mit den Verkehrsämtern der deutschen Eifel, Luxemburgs und der Ardennen sollte daher weiter ausgebaut werden.

### **Angepasste Infrastrukturen**

Da die Erholung des Menschen sowie der Erhalt von Fauna und Flora in unseren Wäldern für den Tourismus eine zentrale Rolle spielen, sollte der Ausbau von Wander- und Radwanderwegen Priorität genießen! Motorangetriebene Fahrzeuge sowie Aktivitäten, die mit Lärm und Luftverschmutzung verbunden sind, gehören weiterhin nicht in unsere Wälder oder auf unsere Seen! Der Leitgedanke jeder Planung von touristischen Infrastrukturen muss der Erhalt oder die Aufwertung unserer natürlichen Schätze (Wälder, Wasserläufe, Seen,...) sein. Kompetente Partner wie die Forstverwaltung oder Naturschutzverbände müssen weiterhin und verstärkt in die Planungen einbezogen werden (Bsp: bei der Erstellung neuer Wanderwege oder der Ausweisung solcher). Die reibungslose Anbindung touristischer Ziele in Ostbelgien an das öffentliche Verkehrsnetz kann unangenehme Überlastungen unserer Strassen vermeiden. So könnten im Sommer gezielte Verbindungen vom Bahnhof Eupen aus zur "Weser-Talsperre" oder nach "Haus Ternell" erfolgen oder im Winter vom Bahnhof Verviers aus zu den verschiedenen Skizentren Ostbelgiens .

## **IV 1. Chancengleichheit beginnt in der Grundschule**

Das Ziel des ECOLO - Unterrichtsprogramms bildet die Chancengleichheit. Damit meinen wir ein Schulsystem, das Kinder mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund zusammen bringt und das auf Integration für alle ausgerichtet ist. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen, die gleichen Möglichkeiten besitzen, eine schulische Laufbahn erfolgreich abzuschließen. Aus den Statistiken geht hervor, dass die sozialen Ungleichheiten schon sehr früh einen Einfluss auf die schulische Laufbahn der Kinder nehmen und dass wir früh beginnen müssen, um diesem entgegenzuwirken.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Frühförderung durch Früherkennung**

Ein gutes Schulsystem muss bei der Förderung der schwachen Schülerinnen und Schüler ansetzen, sei es bei Entwicklungsverzögerungen, sei es bei sprachlichen oder sozialen Benachteiligungen. Eine effektive Förderung setzt voraus, die betroffenen Kinder möglichst frühzeitig zu ermitteln. Dazu sind Diagnoseinstrumente für Lehrpersonen und Erzieher nötig. Das wäre ein wichtiger Schwerpunkt in der Erstausbildung und der Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern und Kindergärtnerinnen und Kindergärtner in der neuen Hochschule. Herabsetzung des Eintrittsalters in den Kindergarten wieder von 3 auf 2 ½ Jahre: Diese Herabsetzung des

Eintrittsalters ist keine Verpflichtung für die Eltern, sondern eine Möglichkeit. Auch würde sich eine solche Maßnahme positiv auf den Erhalt von Arbeitsplätzen auswirken, bei kontinuierlich zurückgehenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren.

### **Klassengröße in den Primarschulen**

ECOLO möchte die besondere Rolle der Grundschulen hervorheben. Das Grundschulwesen ist "grundlegend": hier wird der Grundstein gelegt für die Bürgerinnen und Bürger von morgen. Es ist wohl der wichtigste Zweig unseres Ausbildungssystems, denn weitere Ausbildungswege können nur auf einer soliden Basis aufgebaut werden. Deshalb müssen hier auch mehr Mittel personeller und materieller Art eingesetzt werden. Gerade in den beiden ersten Primarschuljahren müssen die Kinder Freude an der Schule bekommen. Dies ist nur in einem angenehmen Umfeld in übersichtlichen Klassen möglich. Die Größe einer Klasse hat einen direkten Einfluss auf die Qualität des Unterrichtes und auf die Möglichkeiten der Lehrperson, individuell auf die Belange der Kinder eingehen zu können. Speziell in den ersten beiden Schuljahren der Primarschule sollten die Lehrerinnen und Lehrer in kleineren Klassen den Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schülern gerecht werden. In den kommenden Jahren werden durch den Geburtenrückgang Lehrpersonen in den Grundschulen frei. ECOLO möchte sich dafür einsetzen, dass dieses Personal verstärkt in den ersten beiden Jahren der Primarschulen eingesetzt wird. Wir wünschen, dass die Klassengrößen prioritär in der ersten Stufe der Primarschule auf höchstens 20 Schüler pro Klasse begrenzt wird. Teamarbeit von Lehrpersonen mit größeren Klasseneinheiten sollten aber auch weiterhin möglich sein.

### **Umgestaltung des Unterrichts**

Damit die Schule besser auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler eingehen kann, ist Binnendifferenzierung (in der Klasse) gefragt. Innerhalb einer Lerngruppe auf den unterschiedlichen Leistungsstand und die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Schüler einzugehen, ist jedoch eine Kunst, die gelehrt und unterstützt werden muss. Die neue Hochschule sollte auch in diesem Bereich aktiv werden und die Begleitung der Lehrpersonen durch die pädagogische Inspektion sollte diesem Punkt Rechnung tragen. Wir möchten eine Umgebung schaffen, die ein selbstständiges Arbeiten der Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Die PMS Zentren dahingehend ausbauen, dass sie auch in der Weiterbildung der Lehrpersonen eine aktive Rolle einnehmen und gezielte Unterstützung und Coaching für Lehrerinnen und Lehrer (Primar und Sekundar) anbieten zu einzelnen Themenfeldern. Der Übergang von der Primar- in die Sekundarschule ist oft der Moment, wo die Schwierigkeiten beginnen. Gerade hier sollte den schwachen oder verunsicherten Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern gezielte Hilfe angeboten werden.

### **Kostenlosigkeit des Unterrichts**

Wenn wir die absolute Gleichstellung aller Lernenden und aller Unterrichtszweige fordern, müssen wir auch die Kostenlosigkeit des Unterrichts verlangen. Für viele Familien sind die Schulkosten fast unüberwindbare Hürden, oder Hürden, die nur durch Ersparnisse in anderen Bereichen (z.B. Entscheidung zwischen Schneeklasse oder Familienurlaub) zu nehmen sind, vor allem angesichts der auch in Ostbelgien steigenden Armut. Deshalb muss alles, was zum Pflichtunterricht gehört, kostenlos für alle sein. Wir möchten uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Liste der Dienstleistungen und Lernmittel, für die die Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung verlangen kann, möglichst bald im zuständigen Ausschuss des RDG diskutiert und verabschiedet wird. In diese Liste

gehören z.B. Kosten für den Schwimmunterricht, kulturelle und sportliche Aktivitäten mit ihren jeweiligen Transportkosten. Da diese Aktivitäten zur körperlichen und geistigen Bildung gehören, müssen sie nach unserer Ansicht kostenlos sein. Die Schulen müssen allerdings aufgefordert werden, ihre Bildungsbeiträge auf ihre Zweckmäßigkeit zu untersuchen, um eine Übersteigerung der Kosten durch ein Überangebot zu vermeiden. Unser Ziel ist es, auch einen Höchstbetrag zu definieren, der während eines Schuljahres von den Eltern verlangt werden kann. So können die Eltern an Hand dieser Liste am Anfang eines Schuljahres die Kosten abschätzen, die während des Schuljahres auf sie zukommen und sie wissen, dass diese Kosten einen bestimmten Höchstsatz nicht überschreiten werden.

## **IV - 2. Rahmenbedingungen für eine wirkliche Chancengleichheit**

Eine wirkliche Chancengleichheit aller Kinder in unserem Unterrichtssystem ist nur möglich, wenn wir die passenden Rahmenbedingungen schaffen. In unserem ländlichen Raum besteht noch eine relativ intakte Sozialstruktur innerhalb der Schulgemeinschaft. Aber dennoch gibt es sicher Punkte und Bereiche wo noch Verbesserungen angebracht sind. Wir müssen für die Kinder und ihre Eltern die passenden Voraussetzungen schaffen, damit ein erfolgreicher Schulbesuch möglich ist.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Dorfschulen**

Auch möchten wir in diesem Rahmen auf die besondere Bedeutung der Dorfschulen hinweisen. Durch den Geburtenrückgang kommen schwierige Zeiten auf die kleinen Dorfschulen zu. Aber die Schließung der Dorfschule erschwert maßgeblich die Niederlassung neuer Familien. Auf lange Sicht verliert das Dorf an Attraktivität. Wir bekräftigen unsere Position zum Erhalt der Dorfschulen. Selbstverständlich müssen wir mit Augenmaß vorgehen.

### **Hausaufgaben**

Bei den Hausaufgaben machen sich die sozialen Unterschiede der Kinder besonders bemerkbar. Nicht alle Kinder können bei der Bewältigung der Hausaufgaben auf Erwachsene zurückgreifen. Die Französischsprachige Gemeinschaft hat ein Dekret mit einer Hausaufgabenregelung im Primarschulbereich verabschiedet. Hiermit soll vermieden werden, dass die Schulkinder nicht endende Schultage kennen. Auch bei uns gibt es Situationen, in denen durch zu viele Hausaufgaben nur die Schulumüdigkeit der Kinder gefördert wird, das eigentliche Ziel der Wissensvermittlung und Vertiefung aber verpasst wird. Im Bezug auf das Schulversagen vertreten wir die Auffassung, dass Hausaufgaben auf keinen Fall benotet werden dürfen und so Auswirkungen auf Schulerfolg – oder Versagen haben. Wir möchten auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Dekret zur Regelung der Hausaufgaben in der kommenden Legislaturperiode erarbeiten.

### **Schülertransport**

Das Dekret über den Schülertransport sollte in der kommenden Legislaturperiode bearbeitet und verabschiedet werden. Momentan finden eine Reihe unterschiedlicher Texte meist in französischer Sprache Anwendung. Das Dekret über den Schülertransport wird somit für mehr Klarheit sorgen und verständlicher sein. Es wird auch besser auf die Situation des Schülertransportes innerhalb der Gemeinschaft

eingehen. Ein komplett kostenloser Schülertransport wird sicher für die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell nicht tragbar sein. Dennoch sollten wir die Situation der sozial ausgegrenzten und/oder kinderreichen Familien beachten. Auch muss dieses neue Dekret über den Schülertransport der Situation der Dorfschulen Rechnung tragen und ihre Existenz unter keinen Umständen in Frage stellen. Für ECOLO sollte daher das zukünftige Dekret über den Schülertransport die **Situation der Dorfschulen beachten** und stärken und auch die finanziellen **Anforderungen an sozial schwache und/oder kinderreiche Familien** in einem für die Gemeinschaft tragbaren Rahmen halten

### **Sprachgebrauch im Unterrichtswesen**

Kein Dekret, das der RDG bis heute verabschiedet hat, kannte eine solch lange Vorgeschichte. Nach zwei Sonderausschüssen über X Jahre und 14 Ausschusssitzungen wurde der Text im RDG verabschiedet. Das Ziel des Dekretes ist, die sprachlichen Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen festzulegen. Wir sind der Überzeugung, dass es sich hierbei um **ein ausgewogenes Projekt handelt, das den ortsspezifischen Realitäten der unterschiedlichen Gemeinden der DG Rechnung trägt**. Der besondere Wert unserer zweisprachigen Region kommt hierbei zum Ausdruck. Wir legen Wert auf diese Zweisprachigkeit ohne unsere Schulen gegenüber Schülerinnen und Schülern aus anderen Gemeinschaften oder Ländern abzuschotten und zu verschließen. Aber dieses Dekret darf nicht für sich alleine gesehen werden, sondern es reiht sich in eine ganze Serie anderer gesetzlicher Bestimmungen und Regelungen ein. Die Schlüsselkompetenzen, die Lehrpläne, die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen und die Arbeit der Pädagogischen Inspektion werden einen direkten Einfluss auf die Umsetzung dieses Dekretes haben. Und vor allen Dingen können die gewünschten Verbesserungen und Abänderungen dieses Sprachendekretes nur wirken, wenn die Regelungen die gleichen Ziele verfolgen. Es ist nunmehr Aufgabe des Rates und des Ausschusses, die Umsetzung des Sprachendekretes zu verfolgen und gegebenenfalls anzupassen.

Hierbei muss vor allem darauf geachtet werden, wie die Umsetzung und Anwendung der oben genannten Bestimmungen sich mit dem Sprachendekret vereinbaren.

## **IV - 3. Leben in der Schule positiv gestalten!**

Integration in den Schulen bedeutet mehr als nur Kinder aus anderen Ländern oder Kinder mit einer Behinderung in den Unterricht zu integrieren. Integration bedeutet viel mehr das gemeinsame Schulleben aller Kinder offen und demokratisch zu gestalten. Gerade in den Sekundarschulen müssen wir den Jugendlichen die Demokratie unserer Gesellschaft näher bringen und sie aktiv am Schulleben beteiligen.

### **Gelebte Demokratie**

Für ECOLO muss die Schule von der Bildungsstätte, in der man lebt, zur Lebensstätte, in der man lernt, werden. Sie muss eine Stätte des Lebens, der Rechte und der Pflichten für alle Beteiligten werden. Schließlich verbringen die Kinder und Jugendlichen hier ein Drittel ihrer Tageszeit. Die **Demokratie ist für ECOLO der Kernpunkt** in den Überlegungen über die Bildung. Sie ist sowohl Ziel als auch Mittel. Deshalb muss sie also eine Schule der Demokratie sein, wobei nicht nur an einen diesbezüglichen Unterricht gedacht wird (z.B. Bürgerkunde) sondern auch an Aktivitäten den Schülerinnen und Schülern die Methoden und Praktiken der Konfliktbewältigung näher zu bringen. ECOLO wünscht auch eine verstärkte Mitbestimmung der Elternvereinigungen und

Schülervertretungen in den Pädagogischen Räten der Schulen. ECOLO wünscht, dass in allen Schulen die Bildung von Schülerräten mit Entscheidungsbefugnissen gefördert wird.

### **Integration in der Schule**

Wir finden es besonders wichtig, dass unser Schulsystem es behinderten Kindern ermöglicht, mit anderen gleichaltrigen Kindern zusammen zu sein. Gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern ist sinnvoll und lerneffektiv, da wo die ganze Schulgemeinschaft (Eltern einbegriffen) hinter diesem Projekt steht. Aber unabhängig von diesen Integrationsprojekten braucht unsere Gemeinschaft auch weiterhin gute Schulen für differenzierten Unterricht, die speziell auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen können. die DG muss die nötigen **finanziellen und personellen Mittel für diese Integration zur Verfügung stellen** und eine begleitende Beratung durch Fachpersonen ermöglichen. Eine weitere Herausforderung ist die wachsende Zahl von ausländischen Kindern. das Projekt der Beschulung von neu ankommenden Schülerinnen und Schülern weiterentwickeln und versuchen, die **Eltern dieser Kinder mit in diesen Integrationsprozess einzubeziehen.**

## **IV - 4. - Eine Chance für alle!!**

Die Mittelständische Aus- und Weiterbildung bildet gerade in unserem ländlichen Raum eine besondere Chance für die Jugendlichen. In unserer Gemeinschaft befinden sich viel Kleine und Mittlere Unternehmen wo qualifizierte Handwerker gesucht werden. Noch ist unser Schulsystem in erster Linie eine Bestenauslese. Die, die dort nicht mehr mitkommen, wählen oft notgedrungen eine handwerkliche Ausbildung. Wir möchten die handwerkliche Ausbildung qualitativ - 4. Ausbauen und attraktiv - 4. gestalten. Wir finden dass die verschiedenen Kompetenzzentren der Gemeinschaft aktiv - 4. an der Lehrlingsausbildung beteiligt werden sollten. Hierbei denken wir besonders an das zu schaffende Kompetenzzentrum „Nachhaltige Energien / Ressourcenschonendes Bauen“.

### **Mittelständische Aus- und Weiterbildung**

Die Anstrengungen zur Aufwertung der beruflichen Aus- und Weiterbildung wollen wir weiterführen. Das Ziel, das wir verfolgen wollen, ist dass **85% der Schülerinnen und Schüler bis 22 Jahre einen Abschluss erreichen**, sei es ein Abitur oder eine abgeschlossene Lehre. Der allgemein bildende Unterricht in der Lehrlingsausbildung soll in seiner Attraktivität gesteigert werden, um die Wissensvermittlung zu verbessern. In diesem Bereich sind besonders angepasste, nicht linear aufgebaute Ausbildungsmodelle gefragt, damit den jungen Leuten, die ihren Schulweg stolpernd machen, dennoch eine vernünftige Basis anbieten. So könnte Niederschwellige Integration durch Arbeit projektmäßig vorgesehen und als Schullaufbahn anerkannt werden.

## **V - Die Gesellschaft mitgestalten, die Freizeit sinnvoll nutzen !**

Die kulturelle Identität der deutschsprachigen Bevölkerung war die erste Motivation für den Auf- und Ausbau der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Diese kulturelle Identität ist auch für Ecolo ein wichtiges Anliegen, das immer weiter gefördert werden muss.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Einrichtungen, Initiativen und Vereinigungen, die dazu beitragen, die Talente der Menschen zu fördern und gleichzeitig diese kulturelle Identität zu stärken. Ecolo legt Wert darauf, dass durch diese Angebote das selbstbestimmte und demokratische Denken und Handeln der Menschen in unserer Gemeinschaft gefördert werden. Es geht darum, den Menschen interessante Rahmenbedingungen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten, ohne dabei ein einschieeniges Konsumverhalten zu fördern. Auch im Kulturbereich ist es wichtig, ein gesundes Gleichgewicht zu suchen zwischen der Förderung der eigenen Kräfte und Kompetenzen und der Öffnung nach außen. Die Öffnung für andere Kulturen ist bereichernd; dabei kann der Austausch mit Menschen in anderen Regionen und Ländern und der Austausch zwischen Menschen der verschiedenen Kulturen, die in der DG zusammen leben, gefördert werden. Das Prinzip der Solidarität kommt auch in diesem Kapitel zum Tragen : Kultur und Zugang zur Kultur darf nicht ein Privileg für einige Zielgruppen und/oder Bevölkerungsschichten sein. Für Ecolo ist es wichtig, dass die von der DG unterstützten Angebote ein breites und möglichst bunt gemischtes Publikum erreichen. Kulturpolitik muss die persönliche Entwicklung der einzelnen Menschen, aber auch die ständige Verbesserung des sozialen Zusammenlebens zum Ziel haben.

## V - 1. Demokratie braucht gesellschaftspolitische Bildung

Für ECOLO hat die Volks- und **Erwachsenenbildung** von je her einen hohen Stellenwert. Bildungs- und Kulturarbeit ist einer der Grundpfeiler der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Förderung von Bewusstseinsbildung und die Fähigkeit zur Entscheidung, zur Verantwortung und zur Teilnahme am soziokulturellen Leben sind vorrangige Ziele des lebenslangen Lernens in der Erwachsenenbildung. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen unterschiedliche Konzepte und Philosophien ihren Platz in der Erwachsenenbildung haben. Wenn Politik einerseits immer wieder nach dem "mündigen Bürger/der mündigen Bürgerin" ruft und gleichzeitig die Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft beklagt, dann muss die Politik der soziokulturellen Bildung einen entsprechend hohen Stellenwert einräumen. Dabei ist die Erwachsenenbildung gefordert, neue Konzepte der Bürger- und BürgerInnenbeteiligung zu erproben. Erwachsenenbildung umfasst mehr, als Erwachsene zu unterrichten. Erwachsenenbildung muss immer auch emanzipatorische Bildung sein. Sie sollte die Kritikfähigkeit der Menschen an gesellschaftspolitischen Prozessen fördern und auf eine Entwicklung bzw. Veränderung der Gesellschaft ausgerichtet sein.

Erwachsenenbildung muss nicht nur die Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft thematisieren sondern auch deutlich machen, dass wir in einer Welt leben, die in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten ist. Es muss uns bewusst sein, dass unser Handeln Auswirkungen auf die Menschen in anderen Teilen der Welt hat und dass deren Handeln unser Tun beeinflusst. Seminare und Veranstaltungen gezielt zu fördern, die das Wissen und die Sensibilität für die Lebensweisen anderer Völker und Staaten zum Thema machen und damit interkulturelles Lernen fördern. Dies betrifft auch unsere unmittelbaren Nachbarn und angesichts der Osterweiterung der EU unsere

osteuropäischen Nachbarn. Projekte, die die Beteiligung und Integration von Migranten zum Ziel haben müssen konsequent unterstützt und gefördert werden.

Wir leben in einer Welt, in der der partnerschaftliche und gleichberechtigte Umgang zwischen Männern und Frauen noch lange keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb muss Erwachsenenbildung dieses Missverhältnis thematisieren und sowohl methodisch als auch inhaltlich an Lösungen zur Überwindung dieser Situation arbeiten. Feministische Bildungsarbeit ist auch in der Erwachsenenbildung notwendiger denn je. In diesem Sinne soll das Netzwerk „Frauenstimmen“ weiter gefördert werden und damit der Gedanke der Geschlechtergleichstellung verstärkt wird. In regelmäßigen Abständen Zukunftswerkstätten organisieren, um Bürger- und BürgerInnenbeteiligung zu stärken **zu können !**

Wissensvermittlung alleine genügt nicht den Ansprüchen von Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung muss über das rein funktionale Lernen hinausgehen. Erwachsenenbildung hat als wesentliche Aufgabe, die Prozesse des sozialen Lernens als Individuum und als Lerngruppe, die sich "noch anfassen kann" in den Vordergrund zu rücken. Die Bildung von Seniorinnen und Senioren weiter fördern. Bildung für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Gesellschaft braucht einen Ort, eine strukturelle Anbindung. Deshalb muss die Agentur für Nachhaltige Entwicklung weiter gefördert und gefestigt werden. Initiativen und Projekte zum Thema Friedenserziehung und gewaltfreie Kommunikation Die Rahmenbedingungen für Erwachsenenbildung haben sich grundlegend gewandelt. Die Verantwortlichen müssen einerseits ein Mehr an Effizienz und Qualität erbringen, sind aber gleichzeitig mit erheblichem Verwaltungsaufwand und mit Mittelkürzungen konfrontiert. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben wir eine hohe Konzentration von Volks- und Erwachsenenbildungsorganisationen mit einer Vielzahl von Angeboten. Häufig kommt es ungewollt zu Doppelangeboten, wobei jeder Veranstalter um Teilnehmer und Teilnehmerinnen bemüht ist. Erwachsenenbildung muss gemeinsam mit der Öffentlichen Hand nach neuen Strukturen suchen. Einführung von Qualitätsmanagementsystemen. Die Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlichen Animatoren muss weiterhin gefördert und bezuschusst werden. Um die Angebotsvielfalt effizient zu gestalten und Doppelangebote zu vermeiden, begrüßt ECOLO Initiativen von Erwachsenenbildungsorganisationen, die bewusst zur Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Projekte zusammenarbeiten (effizienter Ressourceneinsatz). Es müssen neue Orte für vernetzte Arbeit und Ressourcenaustausch geschaffen werden. Der „Alte-Schlachthof-Komplex“ könnte dazu ein geeigneter Ort sein, wo Denkmalschutz, Umnutzung von Gebäuden und Ansiedlung von nachhaltigen Integrationsprojekten ihren Platz haben.

## **V - 2. Offenheit, Mitbestimmung und Kontinuität in der Jugendpolitik**

Jugendpolitik ist nur sinnvoll, wenn wir den jungen Generationen eine faire Gesellschaft, eine intakte Umwelt, reelle Zukunftsperspektiven auch auf dem Arbeitsmarkt, demokratische Spielregeln und eine offene, von Mitbestimmung getragene Jugendpolitik anbieten. Das beinhaltet u.a. direkte und strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten, eine gleichberechtigte Ausund Weiterbildung, sowie eine aufrichtige Akzeptanz auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen, die ihre Zukunft und ihr eigenes Leben betreffen, stärker und früher beteiligt werden, also auch in der Schule, in der Ausbildung

oder im Betrieb ECOLO verlangt zudem eine wirkliche Kontinuität der Politik im Jugendbereich, was auch die benötigten finanziellen Mittel und klare gesetzliche Grundlagen voraussetzt.

Der lokale Ansatz ist deshalb so interessant, weil somit jugendliche Begeisterung vor Ort genutzt werden kann. Das verlangt aber natürlich Flexibilität und Dynamik der direkten Partner der Jugendlichen, um individuell unterstützen zu können. Hierzu werden flexible Strukturen benötigt. Deshalb sollte das Konzept der kommunalen Leistungsaufträge vor allem im Süden der DG in der offenen Jugendarbeit ausgebaut werden. Andere Beispiele sind die Schaffung von bedarfsgerechten Spielplätzen und Schulhöfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Skaterbahnen). Wo erforderlich, sollen Sprachkurse für Kinder von Asylbewerbern angeboten werden. Vorgeschaltete Initiativen zum beruflichen Einstieg, auch im Süden, interessensspezifische Angebote für Mädchen, für 12-16 Jährige, für sozial Benachteiligte (z.B. Hausaufgabenbegleitung), die Mobilität der Jugendlichen verbessern (z.B. bessere Busverbindungen)

Es ist wichtig, einen Kompromiss zwischen Attraktivität und „Professionalität“ des Ehrenamtes zu finden. So sollte die Weiterbildung Ehrenamtlicher unterstützt und gefördert werden, aber es sollte in einigen Bereichen auch eine Umrahmung, Begleitung und Unterstützung durch Hauptamtliche gewährleistet sein, um so z.B. verantwortliche ehrenamtliche Teams aufzubauen, die sowohl Partizipation als auch Nachhaltigkeit garantieren. Die Rolle Hauptamtlicher könnte somit gezielt in der Koordination bestehender Aktivitäten und Angebote, in der Beratung und Förderung von Initiativen sowie in der Vernetzungsarbeit liegen.

Die aktive Beteiligung Jugendlicher sollte so früh wie möglich gefördert werden, um so eine „Beteiligungskultur“ zu schaffen. Dies kann durch Kinderbeiräte, -parlamente oder –foren geschehen, um so auch einen leichteren bzw. fließenderen Übergang in den Jugendbereich zu ermöglichen. Das kontinuierliche „Nachwachsen“ muss gesichert bzw. gefördert werden. Solche Beteiligungsprojekte fördern außerdem die Qualifizierung der Jugendlichen; je nach Bedarf sollten aber „Spezialisten“ zur Verfügung stehen. Noch transparentere und konsequentere Gesetze und sonstige „Spielregeln“ sollten unter direkter Beteiligung jugendlicher Verantwortungsträger entwickelt werden. Alle Initiativen sollen gefördert werden, die Selbst- bzw. Mitbestimmung zur Folge haben. Ideen und Vorschläge zu aktuellen und brisanten Themen wie Mobilität und Konsum oder Lebensplanung und Arbeitseinstieg sollen aufgefangen und umgesetzt werden. Effektive Mitgestaltung und Entscheidungsbeteiligung muss natürlich auch konsequent in der Schule erfolgen (Bürger- bzw. Sozialkunde, Schülerräte die Entscheidungen treffen können, Schnupperwochen, ...)

Trotz Vielzahl und Vielfalt an Angeboten gerade in der offenen und organisierten Jugendarbeit können nicht alle Jugendlichen und so auch nicht alle ihre Bedürfnisse aufgegriffen werden. Rahmenbedingungen wie in Schule, Verein, Jugendorganisation oder Jugendheim schrecken außerdem manche Jugendliche ab. Aufsuchende Jugendarbeit kann hier für viele Jugendliche die erwünschte Alternative bieten. Streetwork und andere lokale Jugendarbeiter können durch Unterstützung bei Projekten und punktuelle thematische Angebote auf die Vielfalt der Bedürfnisse auch von einzelnen Jugendlichen eingehen und außerdem in Bezug auf Sexual- und Drogenaufklärung wertvolle Prävention leisten. Darüber hinaus muss auch

für Einzelne bzw. Jugendinitiativen Freiraum und Möglichkeiten zur Entfaltung geschaffen werden.

### **V - 3. Die Medien in der DG: Qualität, Unabhängigkeit, Vielfalt**

Die Aufgabe der Öffentlichen Hand im Rahmen einer zielgerichteten Medienpolitik sollte darin bestehen, einen möglichst breiten Zugang zu einer pluralistischen Information zu fördern. Dies betrifft alle von der DG geförderten Medienbereiche, von der geschriebenen Presse über die Bibliotheken bis hin zur Kinoförderung. Die öffentlich-rechtlichen Medien wie der BRF spielen hier natürlich eine zentrale Rolle, insbesondere was die Qualität und Objektivität betrifft. Angesichts verschiedener Konflikte zwischen Medienvertretern und Politikern in den vergangenen Jahren, muss die Rolle und Zusammensetzung des Medienrates der DG als Instrument zur Demokratisierung der Medien neu überdacht werden. Die rasend schnelle Entwicklung der Medientechnologie, die Diversifizierung der Angebote und die Konzentrationen von Firmen und Kapital machen es erforderlich, dass die Menschen nicht nur befähigt werden, sich der Medien zu bedienen, sondern auch Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen und die Medien emanzipiert zu nutzen.

#### **Schwerpunkte und Vorschläge: BRF : Qualität statt Quote**

Als öffentlich-rechtlicher Sender nimmt der BRF einen zentralen Platz bei den Medien der DG ein. Er erfüllt eine wichtige gesellschaftliche, kulturelle und politische Aufgabe. Er trägt ganz wesentlich zur Information und Meinungsbildung der Menschen in der DG bei. Angesichts begrenzter finanzieller Mittel ist es für die weitere Entwicklung des Senders jedoch unerlässlich, eine Standortbestimmung durchzuführen. Dies umfasst 5 Bereiche. | Der öffentlich-rechtliche Auftrag des BRF muss neu definiert und präzisiert werden. Insbesondere sollte dieser Auftrag Qualitätsnormen (bei Unterhaltung, Information und Kulturförderung) und Schwerpunkte vorgeben, die verhindern, dass der BRF sich in einem allzu breiten Programmangebot verzettelt. | Auch die Rechtsform des BRF sollte angesichts der Notwendigkeit, über flexible Strukturen zu verfügen, diskutiert werden. | Das Statut und der Stellenplan des BRF Personals müssen dem Auftrag entsprechend angepasst werden. | Die Konflikte zwischen Journalisten und Politikern bei der Aufarbeitung des sog. Fall Horn haben deutlich gemacht, dass die Gremien, die die Aufsicht über den BRF ausüben (Verwaltung, Programmgestaltung und journalistische Arbeit) neu strukturiert und ggf. getrennt werden müssen. | Schließlich geht es darum, die Finanzierung des BRF den Erfordernissen des öffentlichen Auftrages anzupassen und abzusichern.

Der Medienrat der DG wurde vor 5 Jahren u.a. auf Vorschlag der ECOLO-Fraktion im RDG eingesetzt. Der Medienrat sollte ein Instrument der Selbstkontrolle und zur Demokratisierung der Medien sein. Neben seiner Gutachterfunktion sollte der Medienrat auch eine Vermittlerrolle zwischen Medienanbietern und Mediennutzern erfüllen. | Der Medienrat braucht einen unabhängigen Vorsitzenden, der vom Medienrat selbst bestimmt wird. | Angesichts der Aufgaben, die auf den Medienrat im Rahmen der Umsetzung der europäischen Richtlinie im Medien- bzw. Telekommunikationsbereich zukommen, ist ein funktionsfähiger Medienrat unerlässlich.

Informationen dekodieren, Bilder lesen, verstehen, wie die Medien funktionieren, wie sie finanziert werden, wie Informationen ausgesucht werden, lernen, Kritik an den Medien zu üben, ... dies sind Kompetenzen, deren Aneignung in der Konfrontation mit einem immer größer und scheinbar vielfältiger werdenden Medienangebot immer wichtiger

werden. Eine aktive und kritische Auseinandersetzung mit den Medien erfordert eine emanzipatorische Medienerziehung, praktisch vom Kindergarten bis zur Erwachsenen- und Seniorenbildung. Projekte die die Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit den Medien bzw. konkrete Medienarbeit zum Ziel haben (Medienanimation), gilt es fortzuführen und ggf. zu erweitern. Damit ein effizientes Angebot unterbreitet werden kann, bei dem möglichst viele Menschen aller Altersklassen erreicht werden, ist es notwendig, ein Konzept zur Medienerziehung in der DG zu erstellen. Das Medienzentrum der DG sollte verstärkt eine Koordinierungsaufgabe, speziell medienpädagogischer Initiativen wahrnehmen. Bei seiner Ankaufs- und Förderpolitik soll das Medienzentrum der DG im Rahmen seines öffentlichen Auftrages die kulturelle Vielfalt und Qualität in den Vordergrund stellen.

## V - 4. Sport für alle, Sport für eine bessere Gesundheit

Der Sport erfüllt unterschiedliche Funktionen. Er ist nicht nur eine sinnvolle und angenehme Freizeitbeschäftigung für die Sporttreibenden, er erfüllt auch wichtige erzieherische und soziale Aufgaben. Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorbeugung, schafft einen Ausgleich zu Schule und Beruf und dient der persönlichen Entfaltung. Sportliche Betätigung sollte selbstverständlich im Einklang mit Menschen und der Natur stehen. Die DG sollte ihre Fördermittel vorrangig dazu einsetzen, den positiven Einfluss sportlicher Aktivitäten auf die Gesellschaft zu fördern.

Der Schulsport bietet den Vorteil, dass Kinder möglichst früh und ungeachtet ihres sozialen Umfeldes und der familiären Einstellung zu sportlicher Betätigung motiviert werden können. Bewegung und Sport in der Schule haben einen positiven Einfluss auf das Lernverhalten und schaffen ein Gleichgewicht zwischen intellektueller Erziehung und physischer Entwicklung. **Der Schulsport** sollte zunächst die allgemeine körperliche Bewegung fördern und eine möglichst große Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen umfassen. Dies im Gegensatz zu einer oft allzu frühen Spezialisierung und reinem Wettkampfdenken. **Die Rahmenbedingungen** in der Schule müssen angepasst werden (z.B. Stundenplan, Infrastruktur). **Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen** soll entsprechend dem vom Sportrat der DG erstellten Konzept weiter ausgebaut werden.

Für ECOLO gilt es, den Breitensport und die sportliche oder körperliche Betätigung kleiner Kinder, von Frauen, von sozial benachteiligten Gruppen und von Senioren und Familien verstärkt zu fördern. Der Gesundheits- und der soziale Aspekt stehen auch hier im Mittelpunkt. Jeder soll und muss die Möglichkeit haben, Sport nach seinen Neigungen, seiner Begabung und Motivation zu betreiben. Zu diesem Zweck sollen **spezielle Programme für die einzelnen Zielgruppen** erstellt bzw. die bestehenden ausgebaut werden. Die **Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendeinrichtungen, Erwachsenenbildungsorganisation** sind anzustreben. Ein **pädagogisches Projekt** und qualifiziertes Personal ist unerlässlich.

Der Sport erhält und stärkt die Gesundheit, wenn er in angemessenem Umfang, entsprechend den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Sportlers und mit der notwendigen Begleitung ausgeübt wird. Die bisherigen „Nicht-Sportler“ sollen verstärkt über die positiven Auswirkungen informiert und motiviert werden. Den Sportlern

hingegen müssen die Risiken der sportlichen Praxis verdeutlicht werden, um gesundheitliche Schäden durch unangepasste sportliche Betätigung zu vermeiden. Den Kampf gegen Doping gilt es auch in der DG und in Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinschaften und entsprechend internationaler Abkommen und Regeln konsequent zu führen. Das vor kurzem vom RDG verabschiedete Sportdekret soll durch ein Dekret ergänzt werden, das sich explizit mit den Aspekten **Gesundheitsförderung und Doping** beschäftigt.

Die Qualifizierung der Trainer, Übungsleiter und Betreuer ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für den sportlichen Erfolg, sondern auch für die Gesundheitsvorbeugung und das soziale Verhalten der Akteure. Die Vereine sollten deshalb zusätzlich motiviert und unterstützt werden, die Betreuung der Mannschaften, Gruppen oder Individualsportler **qualifizierten Personen** zu übertragen.

## V - 5. Sensibilisierung für den Denkmalschutz

Die Bereiche Archäologie, Denkmal- und Landschaftsschutz bieten wichtige Gestaltungsmöglichkeiten für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Heute bestreitet niemand mehr, dass markante Landschaften und architektonische Zeugnisse unserer Vergangenheit aufgewertet und geschützt werden müssen. Die Sensibilität für den Landschafts- und den Denkmalschutz soll gefördert und Maßnahmen ergriffen werden, die das Bewusstsein der Menschen für ihre Wurzeln, ihre Geschichte stärken und somit letztlich zur Identitätsbildung und zum Selbstbewusstsein der Menschen beitragen. Die von ECOLO angestoßene Dynamik zur Entwicklung des ländlichen Raumes eignet sich hervorragend, um die Bürger für den Denkmal- und Landschaftsschutz sowie für die Archäologie zu begeistern. Diese Erkenntnis wird ECOLO auch in der kommenden Legislatur nutzen, um dem Denkmal- und Landschaftsschutz sowie der Archäologie in der DG einen angemessenen Stellenwert zu geben.

### **Schwerpunkte und Vorschläge: Unterschutzstellung bedeutet Aufwertung**

Zur Zeit wird Unterschutzstellung von den Eigentümern noch allzu oft eher als Last denn als Aufwertung des Gutes verstanden. Dem muss durch konkrete Beihilfen und durch eine Vereinfachung der administrativen Prozeduren entgegengewirkt werden. Anhebung der Subventionen für die Restaurierung von denkmalgeschützten Bauobjekten im Besitz von privaten Personen. Erarbeitung von objektiven Kriterien für die Entscheidung zu Unterschutzstellungen, die allen Betroffenen Transparenz garantieren

Um die Ausübung der Kompetenz „Denkmal- und Landschaftsschutz und Archäologie“ zu erleichtern, muss das Denkmalschutzdekret der DG, welches alle Zuschüsse und Prozeduren regelt, so schnell wie möglich im Rat verabschiedet werden um somit dieser Materie eine angepasste gesetzliche Basis zu geben. Die entsprechende Vorarbeit wurde während der auslaufenden Legislatur geleistet. Das neue Dekret muss eine radikale Verkürzung und Vereinfachung der Prozeduren gewährleisten. Die Beteiligung der Bürger bei Entscheidungen, die den Denkmal- und Landschaftsschutz betreffen, muss weiter gefördert werden. Es soll ebenfalls ein aktiverer Landschaftsschutz betrieben werden

Die während der auslaufenden Legislatur eingeführten Prämien für die Restaurierung von nicht geschützten, aber interessanten Objekten und Gebäuden, wie Wegekreuze, Viehtränken, Scheunentore oder Fassadenteile müssen erhalten und ausgebaut werden. Ausbau der Prämien für die Restaurierung ortstypischer Bauwerke. Diese

müssen dem Antragsteller über einen unbürokratischen Verwaltungsweg zugänglich gemacht werden

Die Erfassung unserer geschützten Denkmäler und Landschaften in einer Datenbank und die Verbindung dieser Datenbank mit dem neu erarbeiteten elektronischen Kartenmaterial der Wallonischen Region werden für die Arbeit der Königlichen Denkmal- und Landschaftsschutzkommission (KDLK) und für die Information der BürgerInnen ei

## **V - 6. Zugang zur Kultur für alle**

Im weitesten Sinne ist das, was der Mensch der Natur hinzufügt, Kultur. Natur bezeichnet das, was dem Menschen angeboren ist. Kultur umfasst all das, was seine Entstehung dem bewussten Eingreifen des Menschen verdankt. Kultur, das sind sowohl die Schätze aus der Vergangenheit, unsere Wurzeln, als auch unser tägliches Leben, unsere Kreationen und Zukunftsvisionen. Kultur ist Ausdruck unserer Identität und daher schützens- und pflegenswert. ECOLO ist der Ansicht, dass der Zugang zur Kultur ein Recht für alle ist, das von der Gesellschaft gefördert werden muss. Dies beinhaltet verschiedene Prioritäten:

In wirtschaftlich angespannten Zeiten gerät auch der Kulturbereich in doppelter Hinsicht unter Druck. Die öffentlichen Mittel werden bisweilen in Frage gestellt und auch den Menschen, insbesondere mit niedrigeren Einkommen, Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern, wird der Zugang zum kulturellen Leben erschwert oder gar unmöglich gemacht. Dies kann auch zu negativen sozialen Auswirkungen für die betroffenen Personen und Familien und zu sozialem Rückzug führen. ECOLO möchte deshalb den Zugang aller Menschen zum kulturellen Leben insbesondere für diese Menschen erleichtern. Dies geschieht natürlich am besten durch eine Verbesserung der finanziellen Situation dieser Menschen. Gemeinsam mit den ÖSHZ soll eine Auswertung der föderalen Maßnahme stattfinden, wonach seit 2003 den ÖSHZ Finanzen zur Förderung des Zugangs zur Kultur für alle zukommen. Es soll untersucht werden, ob Projekte wie „Artikel 27“ (bezieht sich auf Artikel 27 der Menschenrechte, der u.a. den Zugang aller Menschen zur Kultur verlangt), die in der Französischen Gemeinschaft und Brüssel sehr erfolgreich gegen den kulturellen Ausschluss eingesetzt werden, auf die DG zu übertragen sind. Der Zugang zu Ausstellungen und Museen sollte an einem Nachmittag pro Woche frei sein. Kinder unter 16 sollten in Begleitung ihrer Eltern freien Zugang haben.

Die Kultur- und Kunstförderung orientiert sich, insbesondere was die finanzielle Förderung betrifft, sehr oft immer noch an den klassischen Ausdrucksformen. Auch neue Initiativen ohne große Lobby, die oft durch materielle Schwierigkeiten im Keim erstickt werden, sollten durch die Gemeinschaft gefördert werden. Die DG hat in den vergangenen Jahren punktuell auch jungen Kulturschaffenden und jungen Künstlern mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Förderung muss in Zukunft weiter ausgebaut werden. Insbesondere gilt es, bei der Bezuschussung der Kulturträger und Kulturveranstalter den Schwerpunkt auf die Förderung von jungen Kulturschaffenden und Künstlern aus der DG zu legen. ECOLO legt zudem Wert auf die Anerkennung fremder Kulturen. Sie tolerieren und schätzen bereichert die eigene Kultur und trägt zum gegenseitigen Verständnis, zum respektvollen Umgang miteinander und letztlich auch zum Frieden bei. Das IKOB, hat mit dem „Ostbelgischen Kunstpreis“ und dem Wettbewerb „Jugend kreiert, konstruiert und forscht“, einen Beitrag zur Nachwuchsförderung geleistet. Auch in seinen Ausstellungen sollte das IKOB diese

Förderung ostbelgischer Talente verstärkt berücksichtigen.

Die Anerkennung und Bezuschussung von Kulturorganisationen und Kulturveranstaltern wurde in der vergangenen Legislaturperiode durch jährliche Konventionen zwischen Regierung und den Kulturträgern neu geregelt. Diese transparentere Regelung muss jedoch weiter ausgebaut und ergänzt werden. Dies betrifft u.a. das Statut des Personals. Eine Kulturpolitik, die Professionalität und Planungssicherheit beinhaltet, muss eine Festigung der Strukturen und mittelfristige Absicherung der Finanzierung berücksichtigen. Dies betrifft in erster Linie **Chudoscnik Sunergia, das Kulturelle Komitee Eupen, das IKOB, Irene K, Agora, Ostbelgien-Festival, Volksbildungswerk St.Vith** und den **Krautgarten**. Die leitenden Stellen in den Kulturorganisationen und Kulturveranstaltern müssen strukturell verankert werden. ABM-Personal, dem aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen auch in Zukunft und auch im Kulturbereich eine wichtige Aufgabe zukommt, darf nicht den strukturell benötigten Personalbedarf abdecken.

Die Schwerpunkte der Infrastrukturpolitik lagen in den vergangenen Jahren eindeutig und zurecht im Gesundheits-, Sozial- und Unterrichtsbereich. Hier gab und gibt es auch weiterhin noch großen Nachholbedarf. Im Kulturbereich gilt es jedoch mittelfristig und spätestens dann, wenn die Haushaltsspielräume dies zulassen, die Projekte der Kulturinfrastruktur in Angriff zu nehmen, die bereits seit geraumer Zeit auf eine Entscheidung und Realisierung warten. Dies sollte in der kommenden Legislaturperiode in Angriff genommen werden. Dies betrifft u.a. die Sanierung und Gestaltung des alten Eupener Schlachthofkomplexes, der zu einem „multifunktionellen Raum für lebendige Kultur“ umgestaltet werden soll. Dadurch wäre auch Erhalt dieses industriehistorisch bedeutenden Gebäudekomplexes (zum Teil durch die Umgestaltung der ehemaligen Stallungen in ein ökologisches Musterhaus bereits realisiert) gewährleistet. Ein durchdachtes Nutzungskonzept, nachhaltige Umgestaltungsmaßnahmen und eine genaue Berechnung der Folgekosten sind für Akzeptanz dieses Projektes von entscheidender Bedeutung. Partner auf wallonischer, euregio- bzw. europäischer Ebene sind nach Möglichkeit in das Projekt einzubeziehen.

## VI - Die Autonomie entwickeln: demokratisch, offen, abgesichert

Für ECOLO-Ostbelgien wenden sich auf das Funktionieren und die Gestaltung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft natürlich Grundprinzipien an, die auch sonst den Ansichten der Bewegung entsprechen. Demokratisches Handeln ist für uns wichtig – daher bietet gerade eine so kleine Gemeinschaft wie die unsere Gelegenheit, zusätzlich zu den üblichen Wahlen demokratische Mechanismen ein zu bauen, die eine direktere Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz in den Entscheidungen ermöglichen. Die Chancen der kurzen Wege darf auch nicht dazu führen, dass Personen bevorzugt werden, nur weil sie den besseren Draht oder die richtige Karte haben. ECOLO möchte daher neue Dialog- und Entscheidungsformen einführen. Anfänge wurden in den vergangenen Jahren gemacht. Diese gilt es nun zu strukturieren und zu festigen. ECOLO steht auch für eine offene, nicht auf Nabelschau versessene Gemeinschaft, in der Bürger und Politiker wissen und einschätzen können, was um sie herum geschieht, in der Euregio, in Belgien, in Europa, in der Welt. Mit dieser Umsichtigkeit sollte man unseres Erachtens auch an die ständig diskutierte Frage des

Umfangs der Autonomie für die Deutschsprachige Gemeinschaft heran gehen. Gleichzeitig sehen wir die Deutschsprachige Gemeinschaft aber auch als gleichberechtigten Partner der anderen Gemeinschaften und Regionen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die DG intensiv mit ihren in- und ausländischen Nachbarn kooperiert, nur so kann sie bestehen und ihre Aufgaben meistern.

## **VI - 1. Durch Bürgerbeteiligung die Demokratie stärken**

Für ECOLO bleibt die aktive Einbeziehung der Betroffenen in die Entscheidungsprozesse ein wichtiges transversales Ziel. Die Veränderungen in der Gesellschaft haben dazu geführt, dass die traditionellen, institutionalisierten Dialogformen und – orte die organisierte Vertretung der Bevölkerung und die beratenden Gremien (VER, RDJ, Seniorenrat, Sportrat ...) nicht mehr den Ansprüchen und Erwartungen eines Großteils der BürgerInnen entsprechen. Es ist deshalb für die Stärkung des demokratischen Systems von Bedeutung, dass neue Formen und Orte des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Politik gefunden werden.

In der Gemeinschaft fehlt zurzeit eine unabhängige Anlaufstelle für die Personen, die mit Entscheidungen der Verwaltung der Gemeinschaft oder ihr nahe stehenden Einrichtungen Schwierigkeiten haben. Diese Funktion beinhaltet eine Mediationsaufgabe zwischen BürgerInnen und Verwaltung, sowie die aktive Organisation von Partizipationsprozessen. Diese/r Beauftragte(r) sollte auch die Funktion einer/s Kinderrechtsbeauftragten wahrnehmen. Beim Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft soll deshalb die Funktion einer/s Beauftragten für BürgerInneninteressen und Kinderrechte eingerichtet werden. Die Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache sind wichtige Partner der Gemeinschaft, sei es im Infrastrukturbereich oder bei der konkreten Ausgestaltung bestimmter Politikbereiche. Insbesondere ist von Bedeutung, dass dieser Dialog transparent gestaltet wird, d.h. dass alle politischen Kräfte der Gemeinden (nicht nur die BSK d.h. die Mehrheiten) sich an diesem Dialog beteiligen können. Der strukturierte Dialog mit den Gemeinden muss deshalb weiter ausgebaut werden

Die Gemeinschaft ist angesichts ihrer geringen Größe ein ideales Experimentierfeld für neue Formen des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Experimente wie die Zukunftskonferenz, Open Space oder auch Strategiewerkstatt zeigen, dass die Bevölkerung große Erwartungen in diese Suche nach neuen Dialogformen setzt. Deshalb muss die Gemeinschaft weiterhin dieses Experimentierfeld für neue Formen und Strukturen des Dialogs bieten. Schaffung eines offenen ständigen Bürgerforums beim RDG. Der RDG als Parlament ist der ideale Ort, um ein ständiges Bürgerforum einzurichten. Ein Ort, an dem regelmäßig die Begegnung und der Austausch zwischen politischen Mandataren und BürgerInnen stattfinden können. Die politischen Mandatäre sollten dieses Bürgerforum mit interessierten BürgerInnen organisieren und strukturieren 2.

## **VI - 2. Die Finanzen der DG: gesünder und strukturell gesichert**

Die PFF-SP-ECOLO-Mehrheit hat zum ersten Mal seit Bestehen der DG erreicht, dass die Finanzierungsgrundlage der DG strukturell verbessert wurde. Mittelfristig werden vom Föderalstaat Jahr für Jahr über 10 Millionen Euro mehr fließen. Ein wichtiger Punkt des 99er-ECOLO-Programms konnte damit umgesetzt werden. Dadurch wurden bereits substanzielle Mittel für mehrere Schwerpunkte frei gesetzt werden, so etwa für die strukturelle Anpassung der Gehälter im soziokulturellen Sektor und für Infrastrukturprojekte im Bereich der Krankenhäuser, der Altenpflegeheime und der Schulbauten. Außerdem stehen wir vor einer planbaren Rückzahlung der Gemeinschaftsschuld; auf jährliche Anleihen konnte entweder verzichtet werden, oder sie fielen weitaus geringer aus als in der Vergangenheit.

Da die Refinanzierung erst ab 2008 in vollem Umfang zum Tragen kommt, muss für ECOLO die Verwendung dieser zusätzlichen Spielräume auf drei Ebenen stattfinden: 1. Der weitere Abbau der Schuld. 2. Den strukturelle Ausbau folgender Aktionsfelder: Bildung bzw. Unterrichtswesen, Antworten auf die demographische Entwicklung, Nachhaltigkeit, Vorbeugung in allen Politikbereichen der DG und Kulturpolitik. [Zur Erläuterung sei gesagt, dass die demographische Entwicklung gleichzeitig die Pflege und Versorgung der wachsenden älteren Generation und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Herausforderung machen wird. Im Bereich der Bildung gilt es, das Schulversagen zu verringern und ungerechtfertigte Bildungs(?)klüfte zwischen den Schulen und zwischen den Orientierungen ab zu bauen]. 3. Dieser Ausbau entbindet natürlich nicht davon, dass in der DG in allen Bereichen mit einem ausgeprägten Kostenbewusstsein gehandelt werden muss. Was weitere Refinanzierungsmöglichkeiten neben der erwähnten Übernahme der Provinzbefugnisse angeht, so ist es notwendig, die Regierung und die Abgeordneten der Wallonischen Region davon zu überzeugen, dass - genau wie die Wallonische Region gewisse frankophone Gemeinschaftsangelegenheiten finanziert - die Wallonische Region eine entsprechende Finanzierung der deutschsprachigen Gemeinschaft (ohne Kompetenzübertragung) übernehmen muss, also die gleiche Solidarität walten lässt. Letztendlich sollte die DG sich auch dafür einsetzen, dass der Mehrwertsteuersatz auf Schulbauten sowie auf Infrastrukturarbeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich entscheidend gesenkt wird.

## **VI - 3. Den Platz der Gemeinschaft im föderalen Belgien festigen**

**Wir brauchen keine Provinz** für ECOLO-OSTBELGIEN ist es sinnvoll, dass die DG auf Dauer ein dem der Region Brüssel-Hauptstadt vergleichbares provinzloses Statut erhält. Ein provinzloses Statut, wie es für die Region Brüssel- Hauptstadt gilt, ist sicherlich auch vom Gefüge unseres Staates her die verständlichere Lösung für die neun deutschsprachigen Gemeinden. Durch die Staatsreform wurden Gebietskörperschaften wie die Gemeinschaften und Regionen geschaffen, die insbesondere für die Deutschsprachigen viele Entscheidungsebenen näher brachten. Paradoxerweise wurden die Provinzen integral beibehalten, und die Provinz Lüttich müßte seitdem eigentlich als dezentralisierte Einheit im Namen der DG agieren. Dies widerspricht eigentlich jeglicher Logik der Bürgernähe und Effizienz.

## Schwerpunkte und Vorschläge

Hier muss für ECOLO ein Prinzip zum Tragen kommen, das wir "aktive Subsidiarität" nennen. Dieser Grundsatz beinhaltet das Ziel, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Körperschaften zu klären, um für die BürgerIn effizienter und solidarischer handeln zu können. Befugnisse sollen so nah wie möglich am/an der BürgerIn angesiedelt sein. Die DG muss immer wieder nachweisen, dass sie das bestmögliche Ergebnis erzielt und ihre Ziele und Handlungsweisen mit allen Beteiligten (Organisationen der Zivilgesellschaft) und Betroffenen (die BürgerInnen) überprüft. In diesem Sinne würde die Übernahme von Provinzbefugnissen durch die DG für ECOLOOSTBELGIEN folgendes beinhalten: Die Stelle des beigeordneten Bezirkskommissars in Malmedy würde neu definiert. Eine Weiterführung durch den RDG der von Provinzialrat und Permanentdeputation auf eigene Initiative hin ausgeübten Tätigkeiten: Die allermeisten dieser Bereiche und der damit verbundenen Aktivitäten sind bereits im Zuständigkeitsbereich der DG (Tourismus, Unterrichtswesen, Gesundheitsfürsorge, ...). Hier machen die bisherigen Aktivitäten der Provinz Lüttich nicht viel Sinn. Die Übernahme der gesetzlich festgelegten Kompetenzen des Provinzialrates durch den RDG. Die Aufgaben der Permanentdeputation als Aufsichtsbehörde würde die Regierung der DG übernehmen. Geschehen sollte dies allerdings unter der demokratischen Kontrolle des RDG. In Sachen Transparenz wäre dies auf jeden Fall ein großer Fortschritt. Die Finanzierung bei der Übertragung der Provinzbefugnisse sicherstellen. Um alle Befugnisse korrekt wahrnehmen zu können, müsste die DG eigentlich eine Steuerhoheit im gleichen Maße wie die wallonischen Provinzen erhalten, es sei denn, eine spezielle Übertragung von Steuermitteln könnte mit der wallonischen Region ausgehandelt werden. Die Übernahme der Provinzbefugnisse durch die DG wäre natürlich kein Selbstzweck. Der Nutzen liegt in einer klareren Situation für die BürgerInnen und Organisationen, um Projekte zu organisieren, und Zuschüsse zu erhalten.

## Die Autonomie der Gemeinden ausbauen

Am 1. Januar 2005 wird die DG nach Verhandlungen der PFF-SP-ECOLO-Mehrheit von der Wallonischen Region die Zuständigkeit der administrativen Aufsicht über die neun Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache übernehmen. Da die DG den Gemeinden näher steht, als die Wallonische Region, sollte durch diese Zuständigkeitsübernahme die Möglichkeit genutzt werden, den Gemeinden weitestgehend mehr Autonomie zu verleihen, sozusagen frei nach dem olympischen Motto: „**mehr, besser, schneller**“. Mit der Übernahme der Aufsicht geht auch eine Übernahme finanzieller Mittel einher. Übernommen wurde u.a. der Gemeindefonds, eine der grundlegenden Einnahmequellen für die Gemeinden. Hier gilt es für ECOLO, folgende Prinzipien umzusetzen: Mehr Transparenz bei der Verteilung der Mittel. Im Dialog mit den Gemeinden progressive Neugestaltung der Verteilermechanismen. Insgesamt dürfen die Gemeinden jedoch nicht über weniger Mittel verfügen als bisher. Der „Dreijahresplan“, ein Infrastrukturprogramm der Wallonischen Region, soll als eigene Rubrik in den von der jetzigen Regierung ins Leben gerufenen Infrastrukturplan aufgehen. Dies wird den Gemeinden viele Antragsprozeduren erleichtern. Dieser viel direktere Dialog mit den Gemeinden wird es ermöglichen, bei Entscheidungen der Aufsichtsbehörde DG nur eine Einspruchsstufe für die Gemeinden vor zu sehen, den Staatsrat. Die Aufsicht der DG soll sich beschränken auf die sogenannte legale Aufsicht und ausschließlich auf die von der Verfassung vorgeschriebenen Opportunitätsaufsichten. Dadurch wird der Gang einer Gemeinde vor den Staatsrat äußersten Seltenheitscharakter haben. Eine Vereinfachung der Prozedur

und der Aufsicht wird also weniger Kontrolle und einen geringeren Verwaltungsaufwand mit sich ziehen.

### **Weitere Befugnisübernahmen von der wallonischen Region?**

Mit der Übernahme der Gemeindeaufsicht hat die DG auch die Verantwortung über die Verwaltung von rund 17 Millionen € finanzieller Zuwendungen an die Gemeinden übernommen. Auch dies gilt es zuerst einmal zu gestalten. Für ECOLO ist es sinnvoll, zuerst einmal diese Kompetenzübernahme zu verarbeiten. Es ist jedenfalls nicht sinnvoll, dass die DG sich zu einer kompletten „Gemeinschafts-Region“ entwickelt, sprich zusätzlich zu den Gemeinschaftszuständigkeiten auch noch alle Befugnisse der wallonischen Region übernehmen würde. Für ECOLO kommen mittelfristig zusätzlich die Kompetenzbereiche in Frage, durch die bei einer Übertragung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, das Ziel einer eigenständigen, nachhaltigen Regionalentwicklung besser angepeilt werden kann, und wo enge Verknüpfungen mit Gemeinschaftskompetenzen bestehen. Vorausgesetzt, die DG verfügt über genug personelle, intellektuelle und finanzielle Ressourcen, macht für ECOLO die mittelfristige Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und sozialer Wohnungsbau Sinn. Wichtig ist jedoch vorerst, im übertragenen Sinne des Wortes eine Verdauungsphase einzulegen. Die neuen Zuständigkeiten müssen erst verarbeitet werden und die Verwaltungsreform des Ministeriums muss durchgeführt werden. Die DG muss sich auch nach außen öffnen und Kooperationen suchen: mit der WR, in der Euregio, ... anstatt alles selber machen zu wollen.

### **Der Platz der DG im föderalen Belgien und in der Euregio**

All das bisher Gesagte macht vor allem klar, dass für ECOLO-Ostbelgien die DG sich als gleichberechtigter und gefestigter Partner in Belgien und in der Euregio verstehen soll. Wir sind keine bedrohte Minderheit, weder in kultureller noch in finanzieller Hinsicht. Ein gegenteiliges Verhalten verewigt nur unnütz historische Komplexe. Nichts festigt besser die kulturelle Autonomie als ein gesundes Selbstverständnis und die Suche der Öffnung nach außen. Dazu gehört jedoch auch, vor allem im Zusammenhang mit unserem Statut als nationale Minderheit, eine garantierte Vertretung in der föderalen Abgeordnetenversammlung. In der nächsten Kammer sollen etwa 50 Abgeordnete von 200 über Listen in den Teilstaaten gewählt werden.

### **Die Kooperation mit der Wallonischen Region**

Es ist notwendig, die Beziehungen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft so zu gestalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Parlamenten der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft intensiviert werden können. Dies einfach aus dem Grund, dass Gemeinschafts- und Regionalangelegenheiten sehr oft komplementär sind und es erforderlich ist, dass ineinander greifende Gemeinschafts- und Regionalpolitiken sich gegenseitig unterstützen und nicht behindern. Nicht nur in der Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region sollten wir unsere „Laborsituation“ nutzen, um ein interessanter Partner sein, auch in der Euregio-Maas- Rhein ist dies eine Chance. Interregionaler Austausch und Kooperation in allen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belangen muss Priorität ostbelgischer Politik sein. Die DG als vollwertiger fünfter Partner der Euregio, der sich weiter und verstärkt dafür einsetzt, die Strukturen der Euregio transparenter, demokratischer und effizienter zu gestalten